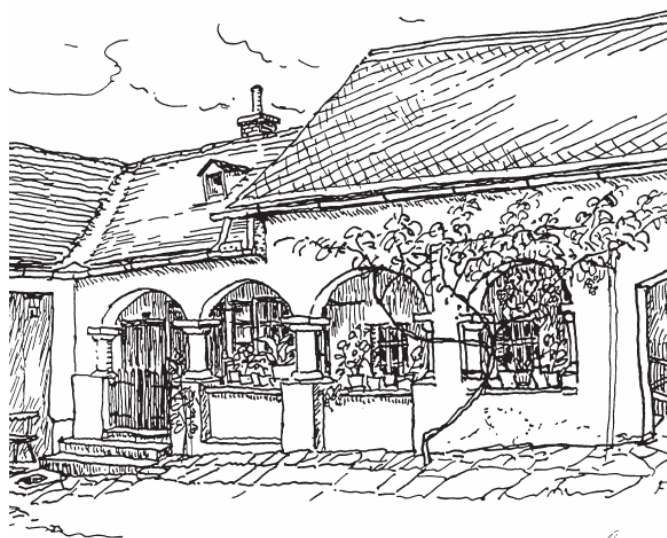




OBERSCHÜTZER MUSEUMSBLÄTTER

MUSEUMSVEREIN OBERSCHÜTZEN



Folge
3
2006

Oberschützen zwischen den Kriegen
(1918-1939)

Johann Neubauer (1880-1970)
zum 125. Geburtstag



Vorwort des Herausgebers

Liebe Leserinnen und Leser!

Sie halten hiermit die dritte Folge der „Oberschützer Museumsblätter“ in Ihren Händen. Den Schwerpunkt dieser Ausgabe bilden die Referate, die von HR Dr. Gerald Schlag und HR Dir. Mag. Helmut Frauneder beim Symposium „**Oberschützen zwischen den Kriegen**“ am 5. Mai 2006 im Haus der Volkskultur gehalten wurden. Der Beitrag von Prof. Mag. Christa Grabenhofer über **Johann Neubauer** (1880-1970) ist die erweiterte und abgeänderte Fassung eines Vortrags, den sie zum 125. Geburtstag des bekannten Oberschützer Mundartdichters und Mundartforschers im Oktober des Vorjahres gehalten hat. Die Obfrau unseres Vereins, Frau Mag. Gerlinde Bauer, berichtet schließlich über die erfreuliche Zusammenarbeit mit dem BG/BRG Oberschützen im Rahmen des Projekts „**Sagen des südlichen Burgenlandes**“.

Die vorliegende Ausgabe ist Herrn **Univ.Prof. Dr. Gustav Reingrabner** zu seinem **70. Geburtstag** gewidmet, als kleines Zeichen des Dankes für das, was wir als Museumsverein dem Jubilar verdanken. Er hat das Konzept für die Dokumentation über Pfarrer Gottlieb August Wimmer erstellt, ganz wesentlich die Ausstellung mitgestaltet und auch die weite Anfahrt von Zurndorf nicht gescheut, um die Entstehung der Ausstellung vor Ort regelmäßig zu begleiten. Auch die Texte der Ausstellungstafeln wurden weitgehend von ihm verfasst. Er gilt ja als einer der besten Kenner der österreichischen und im Besonderen der burgenländischen Kirchengeschichte, hat über Jahrzehnte hin viele andere Ausstellungen gestaltet, und so war es uns eine große Hilfe, von seinem reichen Erfahrungsschatz zehren zu können. Darüber hinaus war er wiederholt Referent bei unseren Veranstaltungen und hat Beiträge für die Museumsblätter verfasst. Für all dies sei ihm auch an dieser Stelle herzlich Dank gesagt. Wir wünschen dem Jubilar noch viele weitere gesegnete Jahre voll solcher Energie und Schaffensfreude.

Allen Autoren danken wir herzlich für ihre Beiträge.

Ihnen als Leser wünschen wir eine anregende Lektüre und hoffen, dass Sie an unseren Aktivitäten und Veröffentlichungen auch weiterhin interessiert bleiben.

Museumsverein Oberschützen

Copyright:

Museumsverein Oberschützen
Hauptstraße 25
A-7432 Oberschützen

Tel.: 0699/ 107 03 921

Fax: 03353/ 6160

<http://museum.hausdervolkskultur.com>

E-mail: info.museum@hausdervolkskultur.com

Öffnungszeiten:

Mittwoch: 14-17 Uhr

Jeden 1. und 3. Samstag im Monat: 14-16 Uhr

Sonst gegen Voranmeldung

(0699/ 107 03 921 oder per E-mail)

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von
im Copy-Center Ing. Schnalzer, Oberwart



Inhaltsverzeichnis

Gerald Schlag

Das Burgenland in der Zwischenkriegszeit4

Helmut Frauneder

Oberschützen zwischen den Kriegen (1918 – 1939).....16

Christa Grabenhofer

Johann Neubauer (1880 – 1970).....33

Gedichte von Johann Neubauer47

Gerlinde Bauer

Sonderausstellung „Aus der Sagenwelt des südlichen Burgenlandes“51

Schülertexte: Sagen aus dem südlichen Burgenland.....52

Workshop „Fotografieren im Heimatmuseum“ 55

Autorenverzeichnis.....56

Das Burgenland in der Zwischenkriegszeit

Vorbemerkung des Herausgebers: Der folgende Beitrag ist die Nachschrift eines Referates, das HR Dr. Gerald Schlag zur Eröffnung des Symposiums „Oberschützen zwischen den Kriegen“ am 5. Mai 2006 weitgehend frei gehalten hat. Um die Lebendigkeit und Unmittelbarkeit des Vortrags zu wahren, wurden nur geringfügige Veränderungen vorgenommen.

Ich bitte um Nachsicht, dass ich in diesem Kurzreferat über vieles hinweggehen muss, denn allein die Darstellung, wie das Burgenland 1918 – 1921 entstanden ist, würde wohl einen ganzen Abend füllen. Ich will also nur den Rahmen für den zweiten Vortrag von HR Frauneder abgeben.

Es ist bekannt, dass das Burgenland als österreichisches Bundesland ein Kind des Zusammenbruchs der großen Donaumonarchie am Ende des Ersten Weltkriegs war. Damals, im Spätherbst 1918, brach fast unerwartet und mit einer unglaublichen Vehemenz die Frage, zu welchem Staat man nun gehören soll, über die Bevölkerung dieses deutsch-westungarischen Raumes herein.

Etwa seit dem Jahre 1000, als sich im Zuge der Konsolidierung des ungarischen Königreiches die Grenze zwischen Österreich und Ungarn eingependelt hatte, war unser Gebiet ein Bestandteil des Reiches der Hl. Stephanskrone, wurde aber schon in den ersten zwei Jahrhunderten danach, also im 11. und 12. Jh., von deutscher Bevölkerung aus dem Westen besiedelt. Im 16. Jh. kamen dann die Kroaten dazu, und die Magyaren bildeten – von der Einwohnerzahl her – die dritte Volksgruppe, obwohl sie natürlich die „Staatsnation“ waren.

Durch den Umstand, dass nach der verhängnisvollen Schlacht bei Mohacs im Jahre 1526 Ungarn an die Habsburger kam, wurde dieses bis dahin oft umkämpfte Grenzland plötzlich zu einem **Binnenland**. Die Grenze nach Westen war im Alltag der hier lebenden Menschen kaum bedeutsam und die meiste Zeit für die Menschen problemlos zu überschreiten. So ergaben sich nicht nur über die gemeinsame Sprache und wohl auch über ein gemeinsames Kulturverständnis nach Niederösterreich und in die Steiermark sehr starke Bindungen, sondern auch eine ganz enge Symbiose wirtschaftlicher Art, die sich dann besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. verdichtete: Nach 1848 kam ja eine große Wende im wirtschaftlichen und sozialen Leben, als das alte Feudalsystem „am Ende war“, die Grundherrschaft aufgelöst wurde und es zur sogenannten „Bauernbefreiung“ kam. Die Bauern waren nun nicht mehr Lehensinhaber, sondern freie Eigentümer auf ihrem Grund und Boden. Die an sich positive freie Verfügbarkeit auch beim Vererben führte allerdings zu einer Situation, die sich aus volkswirtschaftlicher Sicht durch eine schrankenlose Erbteilung ruinös ausgewirkt und in weiten Kreisen zu einer wachsenden **Verarmung** der einzelnen Bauernfamilien geführt hat. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den Umstand, dass zwischen 1850 und 1910 – also gerade während dieser Besitzzersplitterung - die Bevölkerungszahl in unserem Gebiet um 23 % stieg und im fast selben Ausmaß die Besitzzersplitterung fortschritt.

Dazu kam im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine gesamteuropäische Entwicklung, die einen **Preisverfall der landwirtschaftlichen Produkte** mit sich brachte, bedingt durch billiges Getreide aus Übersee (Segelschiffe waren durch Dampfschiffe abgelöst worden, es war plötzlich möglich, große Mengen an Lebensmitteln aus Übersee auf den europäischen Markt zu bringen). Das überwiegend agrarisch geprägte Westungarn, das bisher große Mengen an Agrarprodukten nach Westen exportiert hatte, traf diese Entwicklung schwer. Dazu kam noch der Umstand, dass die adeligen Großgrundbesitzer mit dem Geld aus der Grundablöse - im Gegensatz zu der Masse der Kleinbauern - durch Investitionen (Einsatz von Maschinen, Mineraldünger etc.) den Hektarertrag auf ihren Feldern bedeutend

steigern konnten. Die Preisproblematik wurde dadurch noch verstärkt und die Existenzfähigkeit vieler Menschen in diesem Raum gefährdet.

Es war ein großes Glück, dass zur selben Zeit im nahen Niederösterreich, aber auch in Wien eine rasante Entwicklung der Industrie und weiterer Sparten des Gewerbes vonstatten ging. Im sogenannten „Industrieviertel“ südlich von Wien wurden Tausende von Arbeitskräften gebraucht. Wien selbst wurde damals zur Zweimillionen-Stadt, erfasst von einem gewaltigen Bauboom. Viele Menschen, die aus der klein- und kleinstbäuerlichen Struktur in Westungarn nicht mehr existenzfähig waren, bekamen dort einen Arbeitsplatz. Eine ähnliche Entwicklung gab es auch in der Steiermark, vor allem im Raum von Graz und im Industriegebiet der Mur- und Mürztalfurche, wenngleich nicht in demselben Ausmaß.

Eine **Pendelwanderung** bzw. eine Wanderbewegung erfasste weite Teile des westungarischen Raumes. Es entwickelte sich für viele Familien eine Lebensform, die „auf zwei Beinen stand“, wobei meist die älteren Leute zu Hause blieben und auf den wenigen Grundstücken mit wenig Vieh die Lebensmittelgrundlage der Familie sicherten, während die jungen Menschen viele Jahre lang „ins Österreichische“ - wie man damals sagte - hinausgingen und als Bauarbeiter oder in der Industrie bzw. die Mädchen als Haushaltsgehilfinnen in den Städten Geld verdienten. So war für sehr viele Menschen, bis in jede einzelne Familie hinein, die ungehinderte Überschreitbarkeit der Grenze eine immens wichtige Grundlage ihrer Existenz. Dazu kam noch, dass auch jene Bauern, die noch aus ihrer Landwirtschaft allein recht und schlecht leben konnten - vor allem im nördlichen Teil des heutigen Burgenlandes - ebenfalls von dieser Entwicklung profitierten. Durch die große Zahl an neu angesiedelten Industriearbeitern – das heißt Konsumenten – im westlichen Nahbereich der westungarischen Dörfer entwickelte sich ein neuer Markt für die Landwirtschaft. Die Bauern konnten hier ihre Produkte in **Direktvermarktung** absetzen und entkamen damit den ruinösen Großmarkt- bzw. Welthandelspreisen.

Als dann plötzlich im Herbst 1918 die Donaumonarchie zerbrach und in selbständige Nationalstaaten zerfiel, stand die Drohung im Raum, dass nun zwischen den neuen Republiken Deutsch-Österreich und Ungarn eine Staatsgrenze mit allen Konsequenzen entstehen würde: Die westungarischen Wanderarbeiter drohten nun „über Nacht“ Ausländer an ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu werden, was den Verlust ihrer Einkommensmöglichkeit bedeutete. Ersatz für die in Österreich verlorenen Arbeitsmöglichkeiten gab es in ihrer heimatlichen Region weit und breit nicht. Auch die Bauern konnten nicht mehr wie bisher ohne weiteres über die Grenze fahren, und beim Bildungsstand unserer Bauern der damaligen Zeit war es fast unmöglich, ohne die Einschaltung einer großen Handelsorganisation die Produkte über die nun entstehende Zollgrenze weiterzugeben. So entstand über das nationale Empfinden, Deutsche zu sein und damit ursächlich zu Österreich, oder besser gesagt zum „deutschen Raum“ zu gehören, der Wunsch, ja eine lebenswichtige Notwendigkeit, sich dem Westen anzuschließen. Man wollte, wie auch die anderen Nationen der ehemaligen Donaumonarchie das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch genommen haben, selbst über die eigene Zukunft bestimmen. Es schlossen sich ja bekanntlich damals die Serben, Kroaten und Slowenen zum SHS-Königreich, dem späteren Jugoslawien zusammen, die Tschechen und Slowaken gründeten eine tschechoslowakische Republik etc. Für viele Menschen des heutigen Burgenlandes bedeutete dies den Anschluss an Österreich.

Für das Burgenland war diese **Anschlussbewegung an Österreich** eine Bewegung, die spontan entstand, allerdings war man dabei unglaublich hilflos. Es entwickelten sich viele Initiativen, manche aus heutiger Sicht fast operettenhaft, wie die erfolglose Gründung einer selbständigen „Republik Heizenland“ im Dezember 1918. Das Burgenland hatte ungeheures Glück, dass die Siegermächte in Paris letztlich aus vielerlei Gründen entschieden, dass dieses Land doch an Österreich angeschlossen werden sollte, und so kam es dann im **Friedensvertrag von Saint Germain am 10. September 1919** dazu, dass das Burgenland Ös-

terreich zugesprochen wurde. Da es aber keine österreich-ungarische Monarchie mehr gab, mussten die Siegermächte mit den beiden „besiegten Nachfolgestaaten“ Österreich und Ungarn – nach der Loslösung weiter Teile des alten Österreich-Ungarn waren nur die beiden ehemals führenden Nationen als Verlierer des Krieges übrig geblieben - gesondert Friedensverträge abschließen. Dieser Tatsache folgend musste man das Burgenland, bevor man es den Österreichern „geben“ konnte, den Ungarn „wegnehmen“. So musste man mit Ungarn in den 1919/20 folgenden Friedensverhandlungen in Paris eine gleichlautende Bestimmung, wie jene in Saint Germain festgelegten, aushandeln bzw. erzwingen. Die „Burgenländer“ mussten noch ein weiteres Jahr warten, das erfüllt war vom diplomatischen Ringen um dieses Land. Da gab es die Räterepublik von **Béla Kun** in Budapest, dann die rechtsgerichtete Regierung **Horthy**, die mit allen Mitteln den Verlust des Burgenlandes verhindern wollten und alle möglichen politischen Verbindungen ausnützten.

Wenn wir die Entstehung dieses Landes betrachten, sehen wir, dass die **Weltpolitik** immer wieder in irgendeiner Form in die Burgenland-Frage hineinspielte. Schließlich kam es zum **Friedensschluss von Trianon am 4. Juni 1920**. Auch da war wieder die Bestimmung enthalten, das Burgenland an Österreich abzugeben. Die Ungarn wehrten sich natürlich weiterhin, diese demütigende Niederlage zu akzeptieren. Ein Jahr später musste der Friede trotz aller Verzögerungstaktik ratifiziert werden und es wurde bestimmt, am 28. August 1921 das Burgenland an Österreich zu übergeben. Da damit alle diplomatischen und politischen Möglichkeiten Ungarns erschöpft waren, spielte man nun „seine letzte Karte in diesem Kampf aus“: Schon früher hatte man immer wieder behauptet, dass die Menschen des umstrittenen Gebietes gar nicht nach Österreich wollen. Nun versuchte man, durch **Freischärler** die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, dass sich die betroffene Bevölkerung sogar mit Waffengewalt wehrt, an Österreich angeschlossen zu werden. Das war natürlich, wie wir alle wissen, eine große Lüge, und bis auf ganz kleine Gruppen waren diese Freischärler meistens Leute, die überzeugte ungarische Patrioten aus Innerungarn, oder - wenn Sie wollen - fanatische Nationalisten waren. Viele waren auch ehemalige Soldaten, die - durch den Ausgang des Krieges aus der Bahn geworfen - sich nun als Söldner diesem „nationalen, heiligen Krieg“ zur Verfügung stellten.

Die erste Landnahme misslang. Die militärisch hoch motivierten Freischärler trieben die einmarschierenden österreichischen Gendarmen (es gab sogar blutige Kämpfe) aus dem Land, und plötzlich war dieses Land weit weg von dem ersehnten Ziel der meisten Menschen, obwohl zwei Friedensverträge dieses in Aussicht stellten. Und es war allen klar, dass bei der damals herrschenden politischen Situation eine ausländische Intervention in größerem Maße nicht zu erwarten und es nicht auszuschließen war, dass in der Burgenlandfrage sogar ein neuer mitteleuropäischer Krieg entstehen könnte. Es war schließlich ein großes Glück, dass **Italien** sich eingemischt hat, Italien, das damals schon Pläne hatte, Österreich und Ungarn - bzw. beide Staaten gemeinsam - als Verbündete gegen den nun „neuen Feind“ im Adria-Raum – Jugoslawien - zu gewinnen. (Italien hatte nach den Versprechungen des Geheimvertrages von London, deretwegen man 1915 auf Seite der Entente in den Krieg getreten war, zwar viel bekommen - Südtirol und das Kanaltal, Triest und Teile von Istrien, - aber nicht ganz Dalmatien, auf das Italien mit der Begründung, es sei Jahrhunderte lang ein Teil der Republik Venedig gewesen, Anspruch erhob). Um auf einen möglichen Krieg am Balkan vorbereitet zu sein, wollte man in Rom gegen Jugoslawien bzw. die Siegermacht Serbien als tragende Säule dieses Staates, Verbündete haben. Und hier blickte man sowohl auf Österreich als auch auf Ungarn, die beide kein gutes Verhältnis zu Jugoslawien hatten. (Österreich wegen der Frage von Südkärnten und Südsteiermark, das die Slowenen besetzten, und Ungarn wegen der ebenfalls von Serbien besetzten Vojvodina und Baranya). Dies war der Hintergrund, dass Italien letztlich ein Vermittlungsgespräch in Venedig einleitete und bewirkte, dass sich die beiden Staaten dann letztlich doch geeinigt haben, einen Kompromiss fanden und Ungarn bereit war, das Burgenland anstandslos an Österreich zu übergeben, die

Freischärler zurückzuziehen und zu entwaffnen. Die Gegenleistung an Ungarn, das innenpolitisch dringend einen Prestigegewinn brauchte, sollte die Rückgabe bzw. das Nichtabtreten der Stadt **Ödenburg** sein. Da aber dieser Kompromiss der breiten Öffentlichkeit in Österreich nicht ohne weiteres zuzumuten war, inszenierte man eine Volksabstimmung, die aber planmäßig und – wie wir heute wissen – zwar nicht frohlockenden Herzens, aber doch mit der Zustimmung der österreichischen Seite so ausgegangen ist, dass letztlich die Stadt Ödenburg bei Ungarn blieb. Es war dies ein Kompromiss, der damals natürlich viele Leute sehr schmerzhaft berührt hat, der aber – wenn wir heute die ganze Geschichte betrachten – einen durchaus möglichen Krieg zwischen Österreich und Ungarn vermieden hat. Wir wissen heute, dass man während der Freischärlerkämpfe einige Male knapp an einem solchen vorbeigeschlittert ist, an einem großen Krieg, der dem Burgenland sicher viel Leid und Österreich, das damals militärisch unterlegen war, eine schwere Niederlage gebracht hätte.

Der Verlust Ödenburgs bedeutete natürlich nicht nur den Verlust der Hauptstadt mit allen ihren Verwaltungs- und Kultureinrichtungen, sondern brachte auch ein ungeheures **Verkehrsproblem**, da alle Bahnen dieses Raumes zumindest im Norden des Landes nach Ödenburg gingen, das aber jetzt herausgerissen war. Das nun neu entstehende österreichische Bundesland Burgenland war ein Land mit einer langen Nord-Süd-Erstreckung, dessen einzelne Teile aber bis dahin keine wirkliche Verbindung hatten. Es dauerte eigentlich bis in die Zweite Republik, bis dieses Land jenes Landesbewusstsein entwickelte, das für uns heute selbstverständlich ist. Man hat in den ersten Augenblicken nach dem Verlust von Ödenburg sogar überlegt, das Burgenland aufzuteilen und den Norden an Niederösterreich und den Süden an die Steiermark anzuschließen. Die Leute wollten 1918 - 1921 eigentlich nur nach Österreich – wie auch immer – und in weiterer Folge, wie wir ja wissen, letztlich an das Deutsche Reich. Es ist interessant, dass in der Diskussion um die Landesverfassung des Jahres 1926 alle Redner meinten, wir seien zwar jetzt bei Österreich, aber eigentlich wollten wir zu Deutschland, wobei man damals natürlich nicht Hitler-Deutschland, sondern die Weimarer Republik vor Augen hatte.

Schließlich war man dann doch der Meinung, dass **ein eigenes Bundesland Burgenland** entstehen sollte. Es gab ja ein Verfassungsgesetz, das „Burgenlandgesetz“ vom Jänner 1921, worauf die Juristen verwiesen, und zudem gab es eine Menge von Problemen, wo man meinte, dass sie besser in einer gesonderten Einheit, wie es ein selbständiges Bundesland war, zu lösen seien. Es gab ja wichtige Gesetze, die innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie ganz verschieden waren. Ich nenne dazu zwei Beispiele, die damals eine große Rolle spielten:

Das eine war die **Schulfrage**, die gerade angesichts der Magyarisierungspolitik vor 1921 und der damit verbundenen Bildungssituation eminent wichtig war. Zum Unterschied zu Österreich, wo seit dem Reichsvolksschulgesetz von 1867 der Staat für die Schule verantwortlich war und im Wesentlichen deren Lerninhalte bestimmte, waren in Ungarn die Konfessionen in der schulischen Erziehung maßgebend. Während liberale und sozialdemokratische Kreise nun auf eine Angleichung an die österreichischen Verhältnisse drängten, wollte die vom katholischen Klerus maßgeblich beeinflusste Christlichsoziale Partei natürlich den Status quo beibehalten. Die Schulfrage sollte die burgenländische Innenpolitik bis 1938 beherrschen.

Das zweite Problem, das auch eine nicht unwesentliche Rolle spielte, waren die **Ehegesetze**. In Ungarn – und damit im Burgenland – gab es nämlich eine Zivilehe, sogar mit Scheidungsmöglichkeiten, was in Österreich unmöglich oder zumindest ungemein schwieriger war. Man könnte nun noch ein weiteres Dutzend Gesetze aufzählen, die verschieden waren und deren Regelung man nicht so rasch erledigen konnte. Es hatte zwar bereits im Vorfeld des Anschlusses eine „Verwaltungsstelle für das Burgenland“ gegeben, die bemüht war, viele Fragen zu lösen und auch Vorarbeiten für eine weitgehende Angleichung des Landes

an Österreich zu machen, doch blieb vieles den neuen demokratischen Kräften bzw. dem nun entstehenden Landtag überlassen. 1922 musste es auch Wahlen geben und es bildeten sich zum ersten Mal in diesem Raum echte **politische Parteien** auf demokratischer Grundlage. Im Unterschied zu Österreich, wo es schon zur Zeit der Monarchie ein allgemeines Wahlrecht gegeben hatte, gab es vor 1921, in der „ungarischen Zeit“, nie wirklich demokratische Wahlen, wenngleich es auch hier bereits „moderne“ Parteien zumindest in Ansätzen gab. Die älteste Partei, die es im Norden schon vor 1914 gab, war die **Sozialdemokratische Partei**. Die vielen Wanderarbeiter waren ja vielfach an ihren österreichischen Arbeitsplätzen schon seit den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts in Gewerkschaften bzw. in den dortigen Parteiorganisationen integriert. Damit hatte die SdP schon zu Anfang ihrer Tätigkeit im Burgenland eine gewisse Basis. Im Volksmund wurden ihre Anhänger als „die Roten“ bezeichnet, was auf die roten Fahnen der Revolution zurückging.

Die zweite, eine etwas jüngere Partei war die **Christlichsoziale Partei**, die bei uns etwa um 1900 begann. Ihren Rückhalt hatte sie im katholischen Klerus und sie hatte - wie man damals im Wahlkampf sagte - in jedem Pfarrhof ein Parteisekretariat. Diesem Umstand, nämlich der schwarzen Farbe der Priestersoutane, verdankten die Anhänger der christlichsozialen Bewegung den Spottnamen „die Schwarzen“. Tatsächlich gelang es nach 1918/19 auch in Westungarn dem katholischen Klerus rasch eine Partei, die sich im Wesentlichen auf die konservativen Bauern und Angehörigen des Gewerbestandes stützte, aufzubauen.

Dann gab es noch eine Art liberale Partei, das so genannte „**Dritte Lager**“. Dieses war zunächst keine geschlossene Partei. Es gab zwar schon zur Zeit der Monarchie eine großdeutsche Bewegung in Westungarn, aber das waren im Wesentlichen nur einige wenige Intellektuelle, die diese Partei trugen und sie vertraten, weshalb diese Großdeutschen - Lehrer, Freiberufler, einige Beamte und ganz wenige Bauern - in breiten Kreisen als „Professorenpartei“ bzw. nach ihrem Parteisymbol, der Kornblume, als die „Blauen“ bezeichnet wurden. Das dritte Lager verstand sich im Wesentlichen als bürgerlich und großdeutsch. Nach 1918 traten als bedeutendes Element dieser Bewegung die evangelischen Bauern hinzu. An sich hätten sie sich als Stand eher bei der Bauernpartei, also den Christlichsozialen, vertreten gefühlt, doch war die Dominanz des katholischen Klerus natürlich ein unüberschreitbares Hindernis, dieser Partei beizutreten. Diese soziale Differenzierung bewirkte, dass sich das „dritte Lager“ bald in zwei Parteien spaltete: die eigentliche **Großdeutsche Volkspartei**, die sehr stark durch Beamte und Lehrer bestimmt war, die nach 1921 in dieses Land kamen und vielfach Leute waren, die aus den Nachfolgestaaten (aus Böhmen und Mähren, teilweise auch aus Galizien) als Deutsche bzw. als kaiserliche Beamte vertrieben wurden und nun arbeitslos waren. Sie ersetzten die magyrischen Beamten und Lehrer, die 1921 das Land verließen. Ihre Kontakte zur bäuerlichen Bevölkerung hielten sich aber in Grenzen, sodass sich letztere - die nichtkatholischen und eher liberal eingestellten Bauern und „bodenständigen“ Angehörigen des sogenannten Mittelstandes - dem vor allem von der Steiermark kommenden **Bauernbund** anschlossen, der dann später im **Landbund** aufging. In erster Linie war diese Partei eine Partei des Südburgenlandes. Im Güssinger Bezirk waren damals 82 % der Menschen Bauern (im Jennersdorfer Bezirk 80%, im Oberwarter Bezirk dagegen „nur“ 67 %) - unvorstellbare Zahlen. wenn man bedenkt, wie viele Menschen heute in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Für diese Bauern, die ja in erster Linie Kleinbauern waren, war ein zentrales Problem die Bodenreform und diese hat sie auch zusammengeführt.

Am **18. Juni 1922** gab es dann **die ersten Wahlen**, die eine Sensation brachten. In einem Land, das überwiegend landwirtschaftlich orientiert war, bekamen überraschend die Sozialdemokraten die Mehrheit, nämlich 38,1 %. Die Christlichsozialen, von denen man geglaubt hatte, sie würden die absolute Mehrheit erringen, bekamen nur 31,2 %, der Bgld. Bauernbund 17,1 % und die Großdeutschen nur 12,8 %, d. h. bei den Mandaten gab es 13 Sozialdemokraten, 10 Christlichsoziale, 6 vom Bauernbund und vier Großdeutsche. Es war dies eine Struktur, die sich im Wesentlichen die ganze Erste Republik hindurch hielt, ja, auch

nach 1945, wenn auch nicht gleich danach (weil ja das dritte Lager durch seine NS-Belastung nicht wahlberechtigt war), in ähnlicher Form. Die Mehrheitsverhältnisse dieser ersten demokratischen Wahl im Burgenland zwangen dazu, eine Koalition zu bilden. Dem sozialdemokratischen Parteiführer **Ludwig Leser** gelang es sehr geschickt, eine bürgerliche Koalition zu verhindern, indem er die Großdeutschen für eine gemeinsame Schulreform gewann. Tatsächlich war damals der im Lande herrschende Bildungsnotstand eines der brennendsten Probleme. In den Volksschulen war nämlich seit 1906 fast nur Ungarisch unterrichtet worden, es sei denn, der örtliche Pfarrer leistete Widerstand. Die Kinder haben beim Lehrer nur Ungarisch gelernt, und wenn sie zu Mittag nach Hause gekommen sind, haben sie kein ungarisches Wort mehr gehört und haben Deutsch gesprochen usw. den örtlichen Dialekt. Dies hatte zur Folge, dass die meisten Menschen zwar zwei Sprachen, - in den kroatischen Gemeinden vielfach sogar drei Sprachen rudimentär beherrschten, jedoch keine derselben in einer Weise, die sie über einen primitiven Stand von Halb-Analphabeten erhob. Dazu kam noch, dass jeder Lehrer, der die Staatssprache Ungarisch besonders gut unterrichtete, Prämien erhielt. Die an sich nicht sehr gut bezahlten Lehrer haben nun einen Großteil der Unterrichtszeit dazu verwendet, dieses Ziel zu erreichen, und damit naturgemäß alle anderen Fächer (von der Mathematik bis zu Naturkunde) weitgehend vernachlässigt. So hatten die Kinder einen Bildungsstand, der sie später im Berufsleben – sowohl in Ungarn als auch in Österreich – sehr benachteiligte und vielfach nur als Hilfsarbeiter zu schlecht bezahlten Arbeiten befähigte.

Lesers Schachzug, die Großdeutschen für eine den Christlichsozialen nicht genehme Schulreform zu gewinnen, verhinderte im burgenländischen Landtag eine bürgerliche Koalition. So kam es dann dazu, dass man sich zunächst auf den parteilosen Dr. Alfred Rausnitz als Landeshauptmann einigte. Da entsprechend der Landesverfassung auch die Landesregierung nach der Stärke der Parteien im Landtag zusammengesetzt werden musste, wurde nach der nächsten Landtagswahl (1923), die einen ziemlichen Gleichstand zwischen CsP und SdP brachte, nach einigen Verhandlungen ein Christlichsozialer Landeshauptmann, während das Amt des Landtagspräsidenten einem Sozialdemokraten zufiel. Da auch die Landesräte proportional aufgeteilt wurden, entwickelte sich dann im Burgenland so etwas wie eine **erzwungene große Koalition** bzw. Zusammenarbeit, die sicher sehr gut war, aber angesichts der gewaltigen Probleme, die damals da waren, auch nicht so wirklich etwas weitergebracht hat. Ich erzähle Ihnen das, weil es für die Mentalitätsgeschichte der Zwanziger- und Dreißigerjahre im Blick auf den Faschismus eine gewisse Rolle gespielt hat.

Dieses Burgenland kam also zu Österreich, einem Staat, der damals in einem schrecklichen Zustand war. Ich habe schon erwähnt, dass man es sich nicht vorstellen konnte, dass das kleine Österreich, das einmal in einen Wirtschaftsraum von 50 Millionen Menschen eingebettet war, jetzt plötzlich als Kleinstaat mit 7 Millionen Einwohnern existieren konnte: Die Millionenstadt Wien hungerte, daneben gab es ein Alpengebiet, das in seiner Lebensmittelproduktion (was man sich heute kaum vorstellen kann) gewaltig defizitär war. Es war noch viele Jahre bis nach 1945 nicht möglich, die österreichische Bevölkerung aus den Ressourcen Österreichs selbst zu ernähren. Man war angewiesen auf Zufuhr von außen. Das größte Problem der Zwanzigerjahre freilich war die **Energiesituation**. Damals war **Kohle** der wichtigste Energielieferant: Damit liefen die Maschinen in den Fabriken und - was noch viel wichtiger war - der gesamte Verkehr (Dampflokomotiven). Und Österreich hatte damals keine, oder fast keine eigene Kohlevorkommen. Bis 1918 kam die in Österreich benötigte Kohle aus Böhmen und dem Mährisch-Ostrauer Kohlrevier, aus Galizien, aus dem nunmehrigen Polen und aus der Pécser Gegend in Ungarn. Die in Österreich liegenden Lager – meist Braunkohlebergwerke - waren dürftig entwickelt. Viele Probleme entstanden dadurch, dass z. B. der Warenverkehr nicht funktionierte, weil die Züge aus Kohlemangel nicht in der Lage waren, planmäßig in Betrieb zu gehen. Die Nachbarstaaten, zu denen wegen der umstrittenen Grenzen ein sehr gespanntes Verhältnis bestand, lieferten nur wenig. Eine gewaltige Inflati-

on war das Spiegelbild dieses wirtschaftlichen Zusammenbruches. 1914, also im letzten Friedensjahr, bezahlte man für einen Dollar 4,9 Kronen, 1919, also nach dem Krieg, 6 Kronen, Ende 1920 133,6 Kronen, Ende 1921 1.069 Kronen, im Sommer 1922, als die Wahlen stattfanden, schon 3.830 Kronen und Ende 1922 14.189 Kronen. Wenn Sie diese Steigerung sehen, diese Hyperinflation, können Sie sich vorstellen, wie die Wirtschaft darunter litt. Mit Österreich wollte deshalb niemand Geschäfte machen, es sei denn über ausländische Währungen, aber die hatte man ja nicht. Eine Wende zur Besserung brachte die sogenannte Genfer Sanierung im Jahre 1922. Es war dies eine Völkerbundanleihe und letztlich wurde dann zu Jahresbeginn 1925 die Inflationskrone durch den stabilen Schilling ersetzt. Der Schilling war bald eine der besten und härtesten Währungen in Europa. Nur hat keiner einen gehabt - warum? Man hat dem österreichischen Staat zugleich mit der Anleihe ein **Sanierungspaket** vorgeschrieben. Österreich sollte zunächst mit ausländischen Krediten das Bankwesen sanieren, über das Bankwesen die Industrie und das Gewerbe, und wenn die dann wieder funktionierten, dann würden auch die Arbeiter, die ja zu dieser Zeit in großer Zahl arbeitslos waren, wieder eine Beschäftigung bekommen. Alle hatten mit der Republik, mit der Demokratie große Hoffnungen verbunden. Man hatte geglaubt, dass mit der „Mitbestimmung des Volkes“ rasch alles besser werden würde. Man hoffte auf rasche Verbesserung der herrschenden Zustände, aber die kam nicht. Der Lebensstandard des Jahres 1914 wurde erst 1937 wieder erreicht, bis dahin war Österreich in seiner Wirtschaftssituation enttäuschend schlecht. Der Staat musste die **Steuern erhöhen**, um die dringendsten sozialen Bedürfnisse abzusichern. Zusätzlich musste man **Sparmaßnahmen** bei den Ausgaben ergreifen, was wiederum bedeutete, dass man wenig Geld für Investitionen in die Infrastruktur und öffentliche Bauten hatte. Dazu kam ein starker **Abbau der Beamtenschaft**. Trotz einer gewissen Erholung der Privatwirtschaft war das Heer der Arbeitslosen in den Zwanzigerjahren groß und hinter jedem Arbeitslosen stand eine darbende Familie, die sparen musste. Gerade das strukturschwache Burgenland, das dringend Hilfe von Seiten des Bundes gebraucht hätte, hatte darunter besonders zu leiden. Besonders die Verkehrsverhältnisse waren katastrophal und hemmten zusätzlich jede wirtschaftliche Entwicklung. Nur langsam konnten neue Straßen, die das Land mit Österreich verbanden, errichtet werden und als einzige „Großtat“ wurde die Bahnverbindung zwischen Pinkafeld und Friedberg (7 - 8 km) hergestellt. Das erscheint natürlich heute lächerlich, aber damals war das schon großartig. Um der Zeit aber Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, muss man noch erwähnen, dass man einige neue Schulen und Krankenanstalten baute bzw. erweiterte und schließlich in Eisenstadt nach 1925 eine Landeshauptstadt errichtete. Wie düster jedoch die Lage war, zeigt der Umstand, dass damals viele tausend Menschen das Land verlassen mussten und gerade aus dem Südburgenland der Höhepunkt der Auswanderung nach Übersee zu verzeichnen war.

Die Enttäuschung über die allgemeine Entwicklung war groß und immer mehr begann der anfängliche Glanz der Demokratie für viele Menschen zu schwinden: Die Parteien erschöpften sich in Wahlkämpfen und gegenseitigen Schuldzuweisungen. Jeder schob die Schuld dem anderen zu, „dass nichts weiterging.“ Immer radikalere Phrasen beherrschten die jeweiligen Parteireden und Schriften und daraus entwickelte sich ein Klima, aus dem dann etwas erwuchs, das noch eine weitere Belastung dieser Republik brachte: die **Errichtung von paramilitärischen Verbänden**. In dem sich immer mehr verschärfenden politischen Klima glaubte nämlich jede politische Richtung, zum eigenen Schutz nicht ohne eine bewaffnete „Parteiarmee“ auskommen zu können. Ein Bürgerkrieg, wie er in vielen Teilen Europas nach 1917/18 aufgeflammt war und in Russland ein erschreckendes und traumatisches Ausmaß erreicht hatte, schien vielen auch in Österreich nicht ausgeschlossen.

Die Anfänge dieser Parteiarmeen gingen in die ersten Nachkriegstage des Weltkrieges zurück, als die Fronten der K. u. k. Armeen zusammenbrachen und die Soldaten allein gelassen und ohne Versorgung in Gruppen nach Hause strömten und sich auf dem Weg dahin –

durch Hunger gezwungen – immer wieder durch Plünderungen Lebensmittel und Mittel zur Weiterfahrt verschafften. Die einheimischen Bauern haben sich gegen diese „Horden“ natürlich gewehrt - Waffen gab es ja damals in rauen Mengen - und so entstanden örtliche bewaffnete Schutztruppen, also **Heimatwehren**. In zahlreichen Industrieorten kam es zur spontanen Bildung von **Arbeiterwehren**, die gesagt haben, wir lassen uns unsere Fabriken nicht ausplündern, denn wie sollen wir arbeiten, wenn jetzt wieder Frieden und „normale Verhältnisse“ kommen. Die Heimatwehren haben sich dann zu den berühmten „**Heimwehren**“ zusammengeschlossen, waren rechtsgerichtet, meist in den Alpengebieten und in den bäuerlichen Gebieten besonders stark vertreten. Aus den Arbeiterwehren in den Industriegebieten entstand vice versa der sogenannte „**Republikanische Schutzbund**“, die Parteiararmee der Sozialdemokraten.

Und dann gab es noch eine dritte Gruppierung, die klein war, die aber gerade in der Burgenlandgeschichte eine Rolle spielte: die „**Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs**“ unter der Führung von Oberst Hermann Hittl. Das war eine Vereinigung, die die Interessen der ehemaligen Soldaten des Weltkrieges, der „Frontkämpfer“, vertrat, die bei ihrer Rückkehr aus dem Krieg unbedankt und vielfach entwürdigend behandelt worden waren. Diese Leute – meist Offiziere - fühlten sich deklassiert und schlossen sich nun auch zu Verbänden zusammen und das war der Beginn dieser sehr rechtsgerichteten Vereinigung.

Die Waffen der Wehrverbände kamen zum Teil aus Restbeständen der K. u. k. Armee, aber sehr bald wurde auch durch das Ausland nachgerüstet. Die rechtsgerichteten Verbände wurden in erster Linie von den faschistischen Machthabern in Italien (Mussolini) und Ungarn (Horthy) unterstützt, während die Sozialdemokraten von den Tschechen Waffen bekamen. Beide Seiten wollten so in Österreich die jeweils ihnen ideologisch nahestehenden Kräfte stärken und indirekt ein Druckmittel gegen ein womöglich ihnen feindselig eingestelltes Regime in Österreich als unmittelbarem Nachbarstaat haben. Unter solchen Umständen, wo es in jedem Dorf Gruppen gab, die militärisch ausgebildet waren, konnte es jederzeit zu Kampfhandlungen kommen. Man übte zwar zunächst einmal – aus heutiger Sicht lächerlich - mit Holzgewehren und anderen Attrappen, doch konnten diese mit einem Griff aus versteckten Depots gegen echte Gewehre getauscht werden. Die Gefahr war da, dass irgendwann einmal irgendwo Schüsse losgehen. Tatsächlich ist das dann auch passiert, tragischerweise gerade im Burgenland bzw. am 30. Jänner 1927 in Schattendorf.

Zur **Vorgeschichte der Ereignisse von Schattendorf**: Im Burgenland war die politische Situation auch nach dem Anschluss an Österreich noch sensibel und das Land nicht ungefährdet. Ungarn hatte ja nie wirklich den Anspruch auf das Burgenland aufgegeben und eigentlich immer damit gerechnet, dass es in Österreich einmal nicht gut gehen werde. Im Falle eines Bürgerkrieges in Österreich sah man die Chance, das Burgenland unter dem Vorwand zum Schutz Innerungarns und zur Absicherung der eigenen Grenzen besetzen und dann vielleicht bei einem Zusammenbruch Österreichs ganz behalten zu können. Da man im Burgenland diese Gefahr ahnte, wollte man keinerlei Anlass für eine ungarische Intervention geben, und so beschlossen die Politiker der beiden Großparteien des Landes, die Wehrverbände herauszuhalten, d. h. die burgenländischen Christlichsozialen verhinderten das Aufstellen der Heimwehr und die Sozialdemokraten das Aufstellen des Schutzbundes. Man konnte dies freilich nur im Einflussbereich der jeweils eigenen Partei tun.

Im Jahr 1925 kam es im ungarischen Badeort Siofok zu einer geheimen Besprechung von Führern der österreichischen rechtsgerichteten Verbände und ungarischen Gesinnungsgenossen, bei denen strategische Pläne einer Zusammenarbeit bzw. Hilfe im Falle eines Bürgerkrieges in Österreich erörtert wurden. Allen war klar, dass der Erfolg in einem solchen Falle vom raschen Eingreifen der eigenen Kräfte bzw. einer Überrumpelung der Gegner abhing. Während die Heimwehr zuversichtlich war, in den meist konservativ-bäuerlichen Alpenregionen in kürzester Zeit Herr der Lage zu sein, war es umgekehrt in den Industrieregionen

(Wien, Industrieviertel, Mur-Mürztalfurche, Region Linz-Steyr etc.), wo der Schutzbund die Übermacht hatte. Um die „Roten“ schon in den ersten Stunden eines Bürgerkrieges niederzuwerfen bzw. entscheidend zu schwächen, war es notwendig, einige strategisch günstige Schlüsselpositionen in die Hand zu bekommen. Eine solche lag in dem Ungarn naheliegenden Raum von Wiener Neustadt. Hier sollten die dort allerdings schwachen Heimwehren mit Hilfe von ungarischen „Hilfstruppen“, die aus dem Raum Ödenburg rasch herbeigeführt werden konnten, die militärisch wichtige Südbahnlinie in die Hand bekommen und so eine Verbindung der Schutzbundgruppen von Wien und der Steiermark unterbrechen. Damit dieser Handstreich möglichst rasch in Szene gesetzt werden könnte, sollte die Eisenbahnlinie zwischen Ödenburg und Wiener Neustadt durch örtliche Gruppen gesichert werden, um zu verhindern, dass die „roten Eisenbahner“ diesen Vorstoß bzw. die nachfolgenden Hilfslieferungen an Waffen und Munition durch Blockade der Schienen vereiteln könnten. Um dies zu bewerkstelligen, übernahmen die Frontkämpfer die Aufgabe, genau an dieser Bahnlinie neue Organisationen zu gründen. Plötzlich entstanden in Sauerbrunn, Wiesen und Schattendorf Frontkämpferverbände, was natürlich insbesondere in Schattendorf, das eine „Hochburg der Roten“ war, eine riesige Aufregung unter der dortigen Arbeiterschaft bewirkte. Man empfand dies – ohne den wahren Hintergrund dieser Aktivitäten zu kennen - als Provokation und so kam es dann bald zu gewissen Schwierigkeiten, zu Demonstrationen und Wirtshausraufereien. Als Proteste der Sozialdemokraten bei der christlichsozialen Führung in Eisenstadt, die zwar Einfluss bei den Heimwehren, nicht aber beim Frontkämpferverband hatten, keine Erfolge zeigten, begann man nun auch im Burgenland mit dem Aufbau des Republikanischen Schutzbundes. Dies gelang umso leichter, als viele Burgenländer zu dieser Zeit schon beim Schutzbund - allerdings in Niederösterreich und Wien - waren. Als nun der Schutzbund rasch Fortschritte machte, behaupteten die Christlichsozialen, dass der seinerzeitige Stillhaltevertrag gebrochen sei, und gründeten nun ebenfalls burgenländische Heimwehrverbände. Auf einmal hatte das bis dahin „entmilitarisierte“ Burgenland die selbe Situation wie in vielen Teilen des übrigen Österreich.

Es war besonders tragisch, dass es dann gerade im Burgenland – wie allen bekannt in Schattendorf - am **30. Jänner 1927** durch eine Reihe von unglücklichen Verkettungen zu einem Vorfall kam, wo es plötzlich zwei Tote und mehrere Verletzte gab. In einer Mischung von Panik und Hass wurde plötzlich geschossen.

Einige Zeit war es den besonnenen Kräften gelungen, Zusammenstöße beider Lager zu verhindern. Man legte sich eine Taktik zu, bei der beide politische Gruppierungen durch Anmeldungen von Gegendemonstrationen bei Kundgebungen der jeweils anderen Partei den Behörden die Handhabe boten, beide Veranstaltungen zu verbieten und dadurch öffentliche Provokationen und womöglich nachfolgende Gewaltakte zu verhindern. Dies ging eine Zeit lang gut, bis die Bezirksleitung des Republikanischen Schutzbundes des Bezirkes Mattersburg beschloss, ein für alle Mal in einem großen Aufmarsch ihre Macht in Schattendorf zu demonstrieren und die Frontkämpfer einzuschüchtern: Eine gegen das Auftreten von Oberst Hiltl in dem „roten Dorf“ Schattendorf gerichtete Gegendemonstration wurde nicht bei der BH angemeldet, um nicht von der Exekutive gehindert zu werden, den Frontkämpfern ein endgültiges „Halt“ bieten zu können. Tatsächlich kam es dann in Schattendorf an dem verhängnisvollen 30. Jänner zu einer Rauferei und zu den verhängnisvollen Schüssen, durch die ein Mann aus Klingenbach (Schutzbündler) getötet wurde. Noch tragischer war, dass das zweite Opfer ein siebenjähriger Bub war, der zufällig in die Schusslinie geraten war, weil man mit einem Schrotgewehr vom Fenster aus auf die Straße geschossen hatte.

Dieses Schattendorfer Ereignis, das in die Geschichte eingegangen ist, hatte natürlich weitere Folgen. Die Schützen, drei junge Männer im Alter von 22 und 23 Jahren, die von den Sozialdemokraten als Mörder bezeichnet wurden, wurden in Wien vor Gericht gestellt. Der Schattendorfer Prozess war ein Schwurgerichtsprozess, d.h. ein Prozess mit Laienrichtern. Dem Verteidiger der Angeklagten gelang es damals in einem brillanten Plädoyer, diese Lai-

enrichter derart zu beeinflussen, dass sie letztendlich auf „Nicht schuldig“ entschieden. Er plädierte, dass die drei jugendlichen Männer in einer Angstsituation geschossen hätten und nun nicht als Einzige für „jene büßen sollten, die durch ihre Hetzpropaganda seit Jahren jene gefährliche Atmosphäre geschaffen hätten, die diese Katastrophe letztlich verschuldet habe“.

Dieser Freispruch war ein klassisches Fehlurteil (Es lag zwar kein Mord vor, aber sicher Totschlag oder Notwehrüberschreitung, was diesen Rechtsspruch nicht gerechtfertigt hätte). Das Urteil empörte viele, besonders sozialdemokratisch eingestellte Menschen sehr. Es kam in Wien zu Demonstrationen und am **15. Juli 1927** zum **Justizpalastbrand**. Die blutigen Ausschreitungen forderten letztendlich 89 Tote und über 600 Schwerverletzte.

Schwer verletzt war auch die Republik: Für viel war jetzt endgültig der Beweis da, dass die jeweils andere politische Seite bereit sei, mit Gewalt ihre Herrschaft auszudehnen. Es wurden immer mehr Stimmen laut, dass man sich selbst schützen und wehren müsse. So wurden diejenigen Kräfte in Österreich und im Burgenland, die für Maßhalten und für Toleranz eintraten, in beiden Lagern in den Hintergrund gedrängt. Im Burgenland ist dies noch relativ gut gegangen – die Situation hat sich relativ maßvoll entwickelt. Auf Bundesebene war aber das Jahr 1927 jenes Jahr, welches das Ende der parlamentarischen Republik einleitete.

Zwei Jahre später kam es zu einem großen Ereignis, das die Republik schwer getroffen hat - die **Weltwirtschaftskrise** (25.10.1929 – der berühmte „Schwarze Freitag“ der Börse in New York). Diese Krise war zunächst eine internationale Finanzkrise und endete 1930 in einer weltweiten Rezession und 1931 in einer großen wirtschaftlichen Depression. Die Amerikaner, die nach dem Ersten Weltkrieg in das ausgeblutete Europa viel investiert hatten, zogen nun Geld aus Europa ab. Dann ging es wie beim Dominoeffekt: Ein Finanzmarkt nach dem anderen wurde in Mitleidenschaft gezogen. Schwache Staaten wie Österreich waren diejenigen, die am meisten darunter litten. Es kam zu Zusammenbrüchen von Banken und Privatbetrieben. Wieder war das Burgenland besonders schwer betroffen: 1929 gab es noch 37 Industriebetriebe im Burgenland, 1933 waren es nur noch 25.

Da kein Geld da war, musste der Staat sparen, Investitionen blieben aus, die Industrie brach zusammen und es gab immer mehr Arbeitslose. Anstatt zu investieren, mussten Arbeitslose unterstützt werden. Schon 1930 sank die Produktion in Österreich um 9% gegenüber 1929, 1933, am Höhepunkt der Krise, sogar um 38%. In manchen Regionen waren fast alle Betriebe am Rande der Pleite. Als Folge davon stiegen die Arbeitslosenzahlen in Österreich: 1929: 8 %, 1930: 11,2 %, 1933: 26 %. Katastrophale Zahlen, wenn man bedenkt, dass damals die Arbeitslosen meist alleinverdienende Familienerhalter waren. Daher bedeutete ein Arbeitsloser zugleich eine einkommenslose Familie. Besonders hart traf es die Burgenländer. In gewissen Branchen – besonders im Bauwesen, wo überdurchschnittlich viele burgenländische Arbeiter beschäftigt waren - hatte es zwar immer die Winterarbeitslosigkeit gegeben, doch wurden die Leute immer wieder mit Beginn der Bausaison neu eingestellt. Nun brauchte man immer weniger Leute und nun wurden gerade die Burgenländer immer weniger bei den Wiedereinstellungen berücksichtigt, denn die zählten in den Augen der Arbeitsvermittlung nicht zu den Ärmsten: Sie hatten ja meist noch immer eine kleine Landwirtschaft zu Hause und waren damit nicht so sehr einer Hungersnot ausgesetzt wie ihre Wiener Arbeitskollegen. Viele Familien im Burgenland mussten vom bescheidenen Arbeitslosengeld leben, gerieten dann in eine noch bescheidenere Notstandsunterstützung und wurden schließlich „ausgesteuert“. Natürlich brachte diese Entwicklung gewaltige Einschränkungen mit sich. Die Arbeitslosen rissen dann auch die Bauern mit, da erstere ihren Lebensmittelbedarf durch eigene Produktion decken mussten und z. B. der Weinverkauf, der in manchen Regionen des Burgenlandes ein tragendes Element der Wirtschaft war, dramatisch zurückging. Es kam zu einer gewaltigen Verschuldung der Bevölkerung.

Die wirtschaftliche Not ließ das Vertrauen in den Staat und die „alten“ Parteien immer mehr schrumpfen und in dieser Situation kam eine neue Partei immer mehr auf: die **NSDAP**. Zu-

nächst war sie unbedeutend. 1923 wurde im Burgenland die erste NSDAP-Ortsgruppe in Bruckneudorf mit 40 Mitgliedern gegründet, es folgte 1924 Bad Sauerbrunn mit 50 Mitgliedern. Damals bestanden die Mitglieder hauptsächlich aus Industrieangestellten aus dem Sudetengebiet, aus Beamten und Lehrern sowie Angehörigen des Militärs. Nach und nach schlossen sich Studenten, die in Wien mit dieser Ideologie in Berührung gekommen waren, der Partei an. Da gab es die „Vereinigung der deutschen Hochschüler aus dem Burgenland“, die zunächst eine Landmannschaft für alle war. Die katholischen Verbindungen spalteten sich aber ab und die liberalen, evangelischen, antiklerikal eingestellten Studenten taten sich zusammen und näherten sich immer mehr dem großdeutschen und schließlich dem revolutionären nationalsozialistischen Gedankengut. Nationalsozialistische Studenten, darunter der spätere Gauleiter der NSDAP, der Jusstudent und spätere Rechtsanwaltsanwärter Dr. Tobias Portschy, brachten dieses Gedankengut in die Dörfer und sammelten in ihren Heimorten arbeitslose Jugendliche und junge Bauern um sich. Bei den Wahlen 1931 stellte die Partei schon eine ganze Reihe von Gemeinderäten und in Mönchhof sogar den Bürgermeister. 1932 wurde in Eisenstadt ein aufsehenerregender „Deutscher Tag“ abgehalten. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Plötzlich wurde diese Partei bekannt, ihre Kampfbereitschaft übte eine gewisse Faszination besonders bei den Jugendlichen aus, für andere wiederum war sie ein Schreckgespenst.

Die große Wende kam damit, dass diese Partei am 30. Jänner 1933 in Deutschland mit Adolf Hitler den Reichskanzler stellte und somit den großen Durchbruch schaffte. Der dort bald einsetzende wirtschaftliche Erfolg, der - wie wir heute wissen - ein Scheinerfolg war, die aufsehenerregende Verringerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland erregte Erstaunen und Bewunderung, während in Österreich die soziale Situation für viele Menschen nach wie vor düster war. So begann die Verdrossenheit mit der Republik Österreich immer mehr Kreise zu erfassen. In den Parteien erfolgte überdies ein Generationswechsel, was eine Abkehr von der Kompromisspolitik und eine Hinwendung zur Konfrontationspolitik zur Folge hatte.

Unter dem Druck der Ereignisse auf Bundesebene wurde auch das Burgenland immer mehr in den Strudel der politischen Entwicklung der Dreißigerjahre gerissen und verlor immer mehr an eigener Gestaltungskraft durch die Landespolitik. Die relative Konsenspolitik, die während des ersten Jahrzehnts nach 1921 im Landtag und in der Landesregierung herrschte, wurde gänzlich von den Ereignissen in Wien – und natürlich von der allgemeinen Entwicklung in Mitteleuropa – überschattet. Wenn auch die „Selbstausschaltung“ des Nationalrates in Wien am 4. März 1933 und die nachfolgende „autoritäre Machtergreifung“ **Bundeskanzler Engelbert Dollfuß** durch Notverordnungen auf Grund des umstrittenen „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ (vom 24. Juli 1917 !) im Burgenland mit Überraschung und Verwirrung aufgenommen wurden, setzte sich auch hier bald der neue Kurs in den führenden Kreisen der „bürgerlichen Rechten“ durch, was wenige Monate später in der Gründung der „Vaterländischen Front“ sein sichtbares Zeichen fand. Diese sollte eine Zusammenfassung aller „regierungstreuen Kräfte“ bringen und die Errichtung eines „sozialen, christlichen, deutschen Staates Österreich auf ständischer Grundlage und starker autoritärer Führung“ werden. Es war eindeutig, dass man damit auf die Auflösung der bisherigen demokratischen Parteien – insbesondere der Sozialdemokratischen Partei – und Oppositionsgruppen (NSDAP und KPÖ) hinzielte. Die Sozialdemokraten waren die ersten, die die Ausschaltung des Parlaments und den neuen autoritären Kurs zu spüren bekamen. Ihre Presseorgane wurden durch den dem Kanzler direkt unterstellten Sicherheitsdirektor laufend zensuriert, Versammlungen verboten, und im März 1933 wurde der Republikanische Schutzbund als aufgelöst erklärt. Ende 1933 wurden die Arbeiterkammern in der bisherigen Form aufgelöst und an ihre Stelle Verhandlungskommissionen gesetzt, in denen jedoch die SdP keinen Sitz mehr hatte. Die Sicherheitsdirektoren wurden im September ermächtigt, Personen zur „Wahrung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ ohne richterlichen Haftbefehl oder rechtskräftiges Urteil, lediglich gestützt auf eine formelle Anhalteorder des Kanzleramtes, auf

unbefristete Zeit einzusperren. Als im Jänner 1934 in Kaisersteinbruch ein Anhaltelager für politische Gefangene eingerichtet wurde, dümmerte es, was die nächste Zukunft bringen werde.

Auch im Burgenland geriet nun das bisher noch gehaltene politische Gleichgewicht ins Wanken und die radikale Rechte riss vollends das Gesetz des Handelns an sich. Am 7. Februar 1934 legten die Führer der Vaterländischen Front, der Heimwehren und der Ostmärkischen Sturmcharen dem – noch – amtierenden Landshauptmann Walheim eine Resolution vor, in der sie eine energische Säuberung von allen „Staatsfeinden“ aus Landtag und Regierung, aus allen Ämtern und Schulen sowie Sozialversicherungsträgern forderten. Zur Definition der „Staatsfeinde“ hieß es: *„Als Staatsfeinde gelten aber nicht nur jene Beamte und Lehrer, welchen eine strafbare staatsfeindliche Handlung nachgewiesen werden kann, sondern insbesondere auch jene, welche durch ihr allgemeines Verhalten und durch ihre bekannt negative Einstellung gegenüber dem vaterländischen Erneuerungsgedanken unwürdig sind, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Die Säuberung hat sich daher ohne Schonung des Ranges und allfälliger früher erworbener Verdienste auch auf diese mit voller Wucht zu beziehen.“*

Diese Resolution kam jedoch nicht zum Tragen, denn schon wenige Tage später, am 12. Februar 1934, kam es zu der schon längst erwarteten Erhebung der in den letzten Monaten schwer gedemütigten und entrechteten Sozialdemokratie. Während es aber in den meisten anderen Bundesländern, besonders in Wien, zu schweren blutigen Kämpfen kam, war im Burgenland die Regierung schon nach wenigen Stunden Herr der Lage. Die Heimwehren hatten meist noch vor dem Einsatz der Polizei und Gendarmerie alle wichtigen Positionen besetzt. Nur in wenigen Orten kam es zu Zwischenfällen, doch verliefen sie alle ohne Todesopfer. Die meisten Führer der SdP, wie Ignaz Till, Ernst Hoffenreich, Hans Suchard, Adolf Berczeller und Hans Bögl, wurden verhaftet und in Anhaltelager, meist nach Wöllersdorf, gebracht. Lediglich Ludwig Leser gelang die Flucht nach Preßburg und später nach Prag. Das Ausscheiden der Sozialdemokratie brachte auch das Ausscheiden aller mit den Stimmen dieser Partei gewählten Mandatäre, sodass auch der aus dem Landbund kommende Landeshauptmann Walheim nun von **Hans Sylvester**, dem Führer der Vaterländischen Front, abgelöst wurde. Auch die bisherigen Parteien wurden nun endgültig aufgelöst und mit der „Maiverfassung 1934“ ein autoritärer „Ständestaat“ eingerichtet.

Der weitere Fortlauf des Vortrages (1933 – 1938) konnte aus technischen Gründen nicht vollständig wiedergegeben werden, sodass eine gedruckte Fassung desselben auf Ersuchen des Vortragenden unterbleiben musste. Er bedauert, dass es ihm aus zeitlichen Gründen nicht möglich war, eine schriftliche bzw. druckreife Fassung der Kapitel „Ständestaat“ und „Anschluss 1938“ in gebührender Form vorzulegen.

Helmut Frauneder

Oberschützen zwischen den Kriegen

Vorbemerkungen	17
Statistik.....	17
1918 -1919	17
1919 - Arbeiter- und Bauernrat zu Felsőlövő	18
Religionsunterricht.....	18
Gaurat	18
Ein interessantes Projekt der Rätediktatur	19
Rückkehr zur alten Ordnung	19
Landnahme	19
1921 – 1923.....	19
Gemeinderatswahlen 1923	20
Gemeinderatswahlen 1927	20
Gemeinderatswahlen 1931	20
Ämter und Behörden	20
Gendarmerie	20
Postamt	21
Gemeindeaufgaben	21
Straßen und Wege	21
Feuerwehr	21
Projekte	23
Kriegerdenkmal	23
Schwimmbad	23
Burgenland - Anschlussdenkmal.....	24
Evangelische Kirche	25
Schulen.....	25
Evangelische Volksschule	25
Zweiklassige Übungsschule	26
Die Evangelischen Schulanstalten	27
Urbarialgemeinde	27
Stierwirtschaft - Viehzuchtverein	29
Gewerbe	29
Kulturelle Aktivitäten.....	29
Männergesangsverein	29
Theater	30
Turnen und Volkstanzen	30
Bemerkenswertes	31

Quellen

- o Schulchronik der VS Oberschützen – Gustav Kappel
- o Kataloge /Klassenbücher der VS Oberschützen
- o Div. Jahresberichte von LBA und RG
- o Gemeinderatsprotokolle 1918 – 1933
- o Festschrift 140 Jahre BRGO
- o Festschrift 90 Jahre Bundeskonvikt
- o Karl Fiedler, Das evangelische Schulwesen im Burgenlande, Eisenstadt 1961
- o Karl Fiedler, Pfarrer, Lehrer und Förderer der Evangelischen Kirche A. und HB. im Burgenlande, Burgenländ. Forschungen, Heft 40, Eisenstadt 1959
- o Festschrift 100 Jahre Feuerwehr
- o Festschrift 100 Jahre Männergesangsverein
- o Lebendiges Evangelium, Blätter aus dem Evang. Diözesanmuseum in Stöb, Folge 1 1984, Heft 5 1986, Heft 12 1994
- o Diverse Befragungen

Vorbemerkungen

Meine sehr geehrten Damen und Herrn!

Hofrat Schlag hat in seinem vorangehenden Referat den allgemeinen Rahmen abgesteckt, in dem sich nun mein Referat über die lokale Geschichte unseres Ortes bewegt.

Die **Fotos**, die ich Ihnen im Verlauf meines Referates zeige, sind hauptsächlich von Gerhard Posch, dem ich auf diesem Wege für seine Unterstützung recht herzlich danke.

Statistik



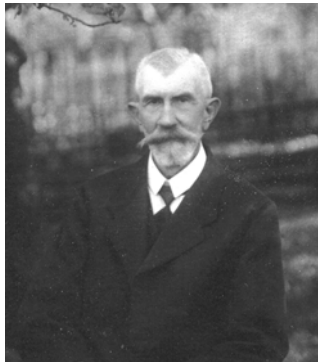
Der Ort Oberschützen wies in dem Zeitraum, den ich behandle, 195 Häuser auf und zählte 1179 Einwohner. Von diesen waren 526 weiblich und 653 männlich. 51% der Menschen, also mehr als die Hälfte, waren in der Landwirtschaft beschäftigt.

Ein kurzer Vergleich mit heute: Heute umfasst der Ort 412 Häuser; die Einwohnerzahl beträgt 961, davon sind 495 weibliche und 466 männlich.

1918 -1919

Die letzte Sitzung der Gemeinderepräsentanz (Gemeinderat) im Krieg fand am 17. März 1918 statt. Die Protokolle bis zu diesem Zeitpunkt wurden zweisprachig, ungarisch und

deutsch, abgefasst. Erst ab der ersten Sitzung nach dem Krieg, am 19.1. 1919, sind die Gemeinderatsprotokolle nur mehr in deutscher Sprache verfasst.



Bürgermeister (in Ungarn hieß der Bürgermeister Richter) bei Kriegsende war **Michael Unger**, der dieses Amt bereits seit 1890 ausgeübt hat. Oberamtmann (in Ungarn "Notär") war seit 1915 **Ludwig Forberger**, der dieses Amt bis 1938 ausübte.

Bei der 1. Sitzung nach dem Krieg, am 19.1. 1919, verkündete der Notär, dass der langjährige Richter und die Vorsteher ihr Amt niederlegen und dass der Oberstuhlrichter als Wahltag für eine neue Gemeinderepräsentanz den 23. Jänner bestimmt habe.

In seiner Abschiedsrede erklärte **Michael Unger**, er werde nicht mehr kandidieren. Der Gemeinderat Johann Fleck, der Großvater von Willi, würdigte die Verdienste des Scheidenden vor allem beim Bahnbau und der Einleitung der Elektrizität.

Neuer Richter wurde **Samuel Jany (Nr. 104)**

1919 - Arbeiter- und Bauernrat zu Felsőlövő

Die Räterepublik Bela Kuns hat auch Oberschützen erreicht.

Am 5. April 1919 fand die erste Sitzung des Arbeiter- und Bauernrates statt.

Nunmehr führte ein eingesetzter Präses, Prof. Karl Unger, den Vorsitz über 3 Direktoriumsmitglieder und 8 Ratsmitglieder, letztere waren mit den ehemaligen Gemeinderepräsentanten identisch.

Religionsunterricht

Am 11. Mai hatte sich der Rat mit einem ideologischen Problem zu befassen. Eine Verordnung des Kultusvolkskommissärs ordnete an, dass der Religionsunterricht in sämtlichen Schulen einzustellen sei. In Zukunft dürfte Religionsunterricht nur durch den Geistlichen erfolgen und zwar nur auf besonderes Verlangen der Eltern, jedoch nicht in Schullokalen.

Es wurde daraufhin beschlossen, die Verordnung den Schulleitern und dem Pfarramt zuzuleiten; den Religionsunterricht aber bis zu einer endgültigen Regelung vorläufig wie bisher weiter gehen zu lassen.

Gaurat

In der Sitzung vom 11. Mai berichtete das Direktoriumsmitglied, der Gymnasiallehrer Desiderius Legányi, dass er bei der in Oberwart stattgefundenen deutschen Gau- und Volksratswahl in den Gaurat gewählt worden sei. Er hätte zwar dieses Ehrenamt wegen mangelhafter deutscher Sprachkenntnisse abgelehnt, jedoch ohne Erfolg.

Der Oberschützer Arbeiter- und Bauernrat nahm die Entscheidung zur Kenntnis und sprach Legányi sein Vertrauen aus. Jedoch wird ihm gleichzeitig vom Rat nahe gelegt, *„er möge es zu jeder Zeit als seine heiligste Pflicht erachten, wann immer und wo immer für das Deutschtum und seine Interessen eintreten, insbesondere aber für die Oberschützer Schulanstalten, dass wenn es hieße, deutsche Mittelschulen zu gründen, das Oberschützer Lehrerseminar und Obergymnasium als solche zu behalten und dass es Wunsch des Rates ist, in beiden als Unterrichtssprache die Deutsche einzuführen und dass die ungarische Sprache bloß als Fachgegenstand unterrichtet werde. Unsere Umgebung ist deutsch und soll auch fernerhin deutsch bleiben und noch vollkommener werden.“*

Ein interessantes Projekt der Rätediktatur

Im bisherigen Bezirk Oberwart sollten zwei deutsche Bezirke geschaffen werden, und zwar einerseits die Ortschaften südlich von Oberwart und andererseits die Ortschaften nördlich von Oberwart umfassend. In letzterem wollte Pinkafeld Vorort werden. Die Ortschaften rund um Bernstein erklärten jedoch, sie würden sich statt an Güns an Oberschützen anschließen, falls sich dieses um den Bezirkssitz bewerbe. Daraufhin beschloss der Oberschützer Rat, sich um den Bezirkssitz zu bewerben. Und am 5. Juli 1919 konnte der Präses dem Rat berichten, dass sich bei der in Pinkafeld zu dieser Causa abgehaltenen Versammlung mehr Gemeinden für Oberschützen als für Pinkafeld ausgesprochen hätten.

Das Projekt Bezirksvorort blieb jedoch eine folgenlose Episode in der Geschichte der Gemeinde, da am 5. Juli 1919 die letzte Sitzung des Arbeiter- und Bauernrates stattfand; das Räteexperiment Bela Kuns war zu Ende.

Rückkehr zur alten Ordnung

In der Sitzung des Gemeindefachausschusses vom 24. August 1919 hat der frühere Richter Samuel Jany mit den übrigen Vorstehern und Gemeinderäten wieder die Leitung der Gemeinde übernommen und als erstes wurden die Beschlüsse des Arbeiter- und Bauernrates für ungültig erklärt.

In den Protokollen von 1919 und 1920 spielen fast ausschließlich Fragen der Geldentwertung, der damit verbundenen horrenden Teuerung und daraus resultierend der alljährlichen Erhöhung sämtlicher Pachtverträge eine Rolle.

Nur so nebenbei kommt dann ab und zu auch die große ungarische Politik im Gemeinderat durch, wenn im Protokoll vom 24. Feber 1920 angeführt ist, dass die Gemeinde einer eventuellen Wahl von Nikolaus von Horthy als Landesverweser zustimme.

Interne Differenzen führten dazu, es ging um die Gemeindefinanzen, dass ab 3. April 1921 ein neuer Bürgermeister der Gemeinde vorstand, **Johann Neubauer, Nr. 135**.

Landnahme

Die Friedensverträge nach dem 1. Weltkrieg und die Ereignisse um die österreichische Landnahme finden in den Gemeinderatsprotokollen kaum Erwähnung. Das normale Leben mit den immer wiederkehrenden Problemen, wie Geldnot, Geldentwertung, Steigerung der Pachtbeträge, Versorgung der Armen und Bedürftigen u.s.w. spiegeln die Protokolle wieder.

Nur 2 Notizen am Rand weisen auf Ereignisse rund um die Landnahme hin: Im Protokollbuch ist unter dem Datum 11. September zu lesen, dass ungarische Freischärler aus Aschau kommend in Oberschützen ein Kalb requiriert haben, das die Gemeinde nun bezahlen sollte. Und unter dem Datum 26. Dezember ist zu lesen, dass die Pferdebesitzer im September und Oktober für die Freischaren Führen leisten mussten, für die sie nicht entlohnt worden waren.

1921 – 1923

Am 7. Dezember 1921 fand die erste „Gemeindesitzung“ nach der endgültigen österreichischen Landnahme statt. Über die Bezeichnung der ehemaligen Gemeinderepräsentanz war man sich zunächst noch nicht einig. Am 7. Dez. hieß es „Gemeindesitzung“, am 26. Dez. „Gemeindefachausschusssitzung“.

Am 25. Jänner 1922 fand dann die 1. Sitzung unter der Bezeichnung „Gemeinderatssitzung“ statt, der „Richter“ führte fortan offiziell die Bezeichnung „Bürgermeister“, der „Notär“ die Bezeichnung „Oberamtmann“. Trotzdem setzte Bürgermeister Johann Neubauer bis April 1923 wohl aus Gewohnheit unter seine Unterschrift im Protokollbuch die Bezeichnung „Richter“.

Die Inflation ging auch unter österreichischer Zuständigkeit weiter. Hier einige Beispiele:

Das „Kirnbauerische Geschäft“, Nr.38, das 1921 eine Pacht von 1200 Kronen abwarf, wurde ab 1923 um 50 Mill. Kronen an Johann Neubauer verpachtet. Das Friseurlokal des Karl Ebner, das 1922 500 Kronen einbrachte, wurde für 1923 um 30.000 Kronen verpachtet und der Jagdpachtschilling wurde von 6.500 Kronen auf 300.000 Kronen für 1923 erhöht.

Gemeinderatswahlen 1923

Für die Gemeinderatswahl am 25. 03. 1923 kandidierten erstmals Parteilisten.

Das Ergebnis:

„Vereinigte Großdeutsche – Bauernbund und Christlich-soziale Partei“: 11 Mandate,
Sozialdemokratische Partei: 1 Mandat

Der Gemeindevorstand wurde in der 1. Gemeinderatssitzung nach der Wahl, am 13. 04. 1923 gewählt:

Bürgermeister: Johann Neubauer, 135
Vizebürgermeister: Samuel Polster, 82

Gemeinderatswahlen 1927

Landbund: 9 Mandate
Sozialdemokratische Partei: 4 Mandate

Bürgermeister wurde wieder Johann Neubauer (135), Vizebgm. wurde Johann Rehling (107).

Gemeinderatswahlen 1931

Landbund (Schoberblock): 9 Mandate
Sozialdemokratische Partei: 2 Mandate

Wirtschaftspartei: 2 Mandate

Bürgermeister wurde wieder Johann Neubauer, Nummer 135; Vizebürgermeister wurde Samuel Jany, Nummer 104.

Mit 27. Juli 1933 legten 3 Gemeinderäte (Wilhelm Ulreich, Landbund, Karl Posch, Nr. 124 und Samuel Goger, Nr. 62, beide Wirtschaftspartei) ihr Mandat zurück, weil sie in die NSDAP („Hitlerpartei“) eingetreten waren. Ihr Mandat ruhte laut einer Entscheidung der Landesregierung. Der Gemeinderat bestand fortan aus 10 Mitgliedern.

Ämter und Behörden

Bezirkssteuerbehörde (Finanzamt)

Sie hat ihren Sitz 1923 von Güssing nach Oberschützen verlegt. Wo sie anfänglich untergebracht war, konnte ich bisher nicht eruieren, 1928 wurden das Haus Nr. 49 (altes Amtsgebäude) und das Haus Nr. 110 (neues Amtsgebäude) als Sitz genannt. Daran änderte sich nichts bis zur Verlegung der Steuerbehörde nach Oberwart, wahrscheinlich 1930/31.

Gendarmerie

Ich konnte nicht herausfinden, wo der Gendarmerieposten vor seiner Unterbringung im Haus Nr. 110 untergebracht war. Jedenfalls gab es bereits im Herbst 1927 Gerüchte, dass beabsichtigt sei, ihn aufzulösen. So gesehen hat sich die Gendarmerie in Oberschützen noch recht lange gehalten.

Postamt

Das erste Postamt, das ich lokalisieren konnte, war zwischen Kaufhaus Nr. 38 und Gasthaus Nr. 39. Der Kaufmann Otto Kirnbauer wird 1919 als Kaufmann und Postmeister bezeichnet. 1928 wurde dorthin das Wachterzimmer samt Gemeindearrest verlegt.

1928 ist das Postamt nämlich ins Haus Nr. 110 übersiedelt („altes Postamt“)

Gemeindeaufgaben

Straßen und Wege



Sämtliche Straßen und Wege in der Gemeinde waren unbefestigt, sodass sie durch jedes Gewitter fast unpassierbar wurden. Davon zeugen die immer wiederkehrenden Eintragungen im Gemeinderatsprotokoll über Beschwerden, die notwendige Beschotterung der desolaten Wege, Bestellung von Grob- und Rieselschotter, die Aufbringung von Bachschotter oder Sand aus der Sandgrube.

Alle diese Arbeiten, wie Fuhrwerk, Grabenschneiden, Rohre verlegen, Schotter aufbringen, wurden im Robotweg durchgeführt.

Hier einige Beispiele aus den Gemeinderatsprotokollen:

In einer Eingabe des Gemeinderates an das Baubezirksamt Oberwart heißt es, die „Landesstraße nach Tatzmannsdorf“ sei in einem desolaten Zustand, weil das letzte Wetter mitten im

Straßenkörper tiefe Furchen gerissen hätte.

16.4.26: BH fordert eine gründliche Sanierung oder Verlegung der „Kreuzeckwaldstraße am Röhrbrunnen“, weil sich die „Gebirgsgemeinden“ über den Zustand der Kreuzeckwaldstraße beschwert hätten. Der Gemeinderat beschloss eine Beschotterung; eine Verlegung komme nicht in Frage, weil Grundablösen zu teuer wären.



Gymnasiumsbrücke (Direktor Bullen)

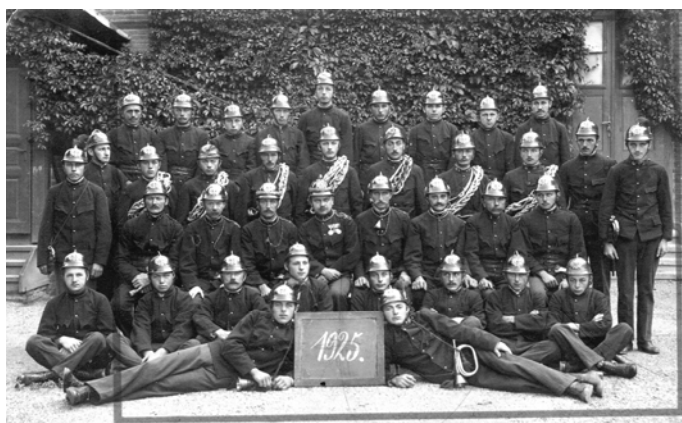
17.1.27: Beschwerdeschreiben der Direktion des Evang. Obergymnasiums wegen überaus schlechter, unpassierbarer Gehwege und Straßenübergänge sowie ungenügender Beleuchtung der Bahnstraße. Der Gemeinderat beschloss, sofort einige Fuhren Bachsand aufzubringen und die Übergänge bei der Brücke „Posch-Schmied“ und an der Ecke Rasierstube Anfang Frühjahr mit Bausteinen zu befestigen. Ebenfalls im Frühjahr sollten die

Gehwege zum Gymnasium und entlang der Bahnstraße mit einigen Fuhren Rieselschotter befestigt und die Beleuchtung verbessert werden.

Feuerwehr

Eine in Zeiten der strohgedeckten Häuser überaus wichtige Einrichtung war die Feuerwehr.

Feuerwehrangelegenheiten standen daher auch fast bei jeder Gemeinderatssitzung auf der Tagesordnung. Einem Bericht des Feuerwehrkommandanten Johann Schranz an den Gemeinderat vom 1. Dez. 1923 über den Zustand der Wehr ist folgendes zu entnehmen:



Feuerwehrtruppe Oberschützen, 1925

Der Stand beträgt 29 Mann; einige sind aber unsicher. Die Zahl der Austritte aus dem Verein war in den vergangenen Jahren ständig größer als die der Eintritte. Es herrscht zum Teil Desinteresse; darunter leidet die Disziplin. Und da $\frac{3}{4}$ der Mannschaft unter 24 Jahren sind, ist die Schlagfertigkeit wesentlich geschwächt; dazu kommen noch mangelhafte Ausrüstung und ein besonders schlechtes Schlauchmaterial. Daher legte der Kommandant folgende Resolution vor:

Der Gemeinderat möge im Sinne der ungarischen Feuerpolizeiverordnung und der Feuerpolizeilichen Verordnung des Eisenburger Komitats die Feuerwehrpflicht aller 14– 42-jährigen männlichen Gemeindemitglieder beschließen. Als Alternative zu einer Mitgliedschaft sollte eine angemessene Ablöse festgesetzt werden. Eine Ablehnung des Antrages wäre gleichbedeutend mit dem Zerfall des Feuerwehrvereines, weil auch die übrigen Vereinsmitglieder austreten würden.

Der Gemeinderatsbeschluss folgte in allem der Resolution und blieb bestehen.



Die Feuerwehr besaß zunächst eine große und eine kleine Feuerspritze. Beide waren laut Aussage des Feuerwehrkommandanten sowohl für die zweistöckigen Gebäude als auch für die weiter vom Bach entfernten Gebäude unzulänglich.

1926 wurde daher eine **Motorspritze** angeschafft. Das beste Angebot war laut Feuerwehrkommandant Johann Schranz die Spritze der Firma Knaust, Wien. Die Spritze zu 32 PS ohne Vorderwagen samt verschiedenem Zubehör würde ca. 10.500 Schilling kosten. Der Gemeinderat stimmte dem Kauf einhellig zu und am 11. Juli 1926 erfolgte die Weihe der neuen Motorspritze.

Und auch der Neubau eines **Spritzenhauses** wurde vom Kommandanten Schranz urgirt. Der Neubau wurde von Gemeinderat zwar abgelehnt, aber eine Renovierung des alten Requisitenhauses und die Errichtung eines Schlauchturmes wurden beschlossen.

Die Ablehnung eines Neubaus führte schließlich dazu, dass dieser überzeugte „Feuerwerker“, der seit 1922 das Kommando führte, 1928 zurücktrat. Prof. Johann Schranz blieb aber dem Feuerwehrwesen treu, indem er Bezirksfeuerwehrinspektor blieb und später Bezirksfeuerwehrkommandant wurde.

Nachfolger von Prof. Schranz wurde Prof. Wilhelm Ulreich, der diese Funktion aber nur 1 Jahr ausübte. Er wurde schließlich von Andreas Artner, Nr. 60 abgelöst, der dieses Amt über das Jahr 1938 hinaus inne hatte.

Der neue Kommandant legte sein Hauptaugenmerk auf eine funktionierende **Feuerwache**. Die von ihm ausgearbeitete „Feuerwache Ordnung“ wurde am 1.12.1931 im Gemeinderat verlesen und einstimmig beschlossen. Ich gebe Ausschnitte für Interessierte wörtlich wieder:

1.) Dienstantritt im Winter ist 20:30 Uhr im Sommer 22:00 Uhr. Ende des Dienstes im Winter 4:00 Uhr früh, im Sommer 3:00 Uhr früh. Während dieser Zeit darf der Wächter das Wachlokal nur zu folgender Zeit verlassen: a.) zwecks Stechen der Kontrolluhr zwischen 23:00 und

24:00 Uhr und 2:00 und 3:00 Uhr früh in Begleitung des von der Gemeinde bestellten Nachtwächters. Die Kontrolluhren befinden sich bei Janý 169 und beim Bürgermeister.

2. Wird ein Brand bemerkt, so ist folgendes zu tun: a.) ein Wächter eilt zur Kirche und läutet mit Unterbrechungen eine Glocke. b.) Der zweite sperrt sofort das Feuerwehrhaus auf, nachdem er die Glasscheibe des Schlüsselkästchens zertrümmert und den Schlüssel herausgenommen hat. Er macht Licht (Schalter rechts). c.) die Motorspritze darf ohne Beisein eines Feuerwehrmannes oder des Spritzenwartes nicht aus dem Feuerwehrhaus entfernt werden. Der Wächter hat sofort bei der Bespannung behilflich zu sein. d.) der dritte Wächter alarmiert mit der Hupe nach Vorschrift und weckt den Kommandanten.

Projekte

In der von mir zu behandelnden Zeit beschäftigten den Gemeinderat vor allem 2 Projekte:

Kriegerdenkmal



So wie in vielen anderen burgenländischen Gemeinden gab es auch in Oberschützen schon sehr früh Bestrebungen, den Gefallenen des Ersten Weltkrieges ein Denkmal zu errichten. Ursprünglich war an eine Gedenktafel an der Kirchenwand gedacht.

Ein Kriegerdenkmalkomitee aus Amerika forderte jedoch in einem Schreiben an die Gemeinde „ein würdiges, imposantes Denkmal auf einem schönen Platz in der Gemeinde“. Dafür hätten die Oberschützer

in Amerika schon 300 \$ gesammelt und sie wollten den Betrag auch noch vermehren, aber nur wenn die Gemeinde ihrem Wunsch nachkommt. Der Gemeinderat beschloss daraufhin, dass man dem Wunsch nachkommen werde, wenn die „Gemeindekinder in Amerika“ den für besagtes Denkmal notwendigen Gesamtbetrag aufbrächten.

Das amerikanische Kriegerdenkmal-Komitee teilte der Gemeinde schließlich mit, dass es eine Summe von 850\$ aufbringen könne. Der Wiener akademische Bildhauer Leisek wurde daraufhin beauftragt, Entwürfe anzufertigen. Und bezüglich des Platzes für die Aufstellung des Kriegerdenkmals wollte die Gemeinde an die Schulverwaltungskommission herantreten, denn der vorgesehene Aufstellungsort war Eigentum der Schulanstalten. Schließlich wurde am 8. 7. 1928 beschlossen, das Kriegerdenkmal auf dem bereits bestimmten Platz zu errichten.

Gemeinderat und die Mitglieder des Kriegerdenkmal-Komitees, Abgeordneter Gesell, Superintendent Bayer, die beiden Direktoren Stettner und Putsch und Professor Pahr begutachteten an Ort und Stelle den Entwurf und gaben dem Bildhauer den Auftrag .

Da das vorhandene Geld nicht ausreichte, wurde vom Gemeinderat eine Haussammlung angeordnet.

Die Einweihung des neuen Kriegerdenkmals erfolgte unter Mitwirkung der Feuerwehr und des Männergesangsvereines und der Anteilnahme der gesamten Ortsbevölkerung.

Schwimmbad

Die Evangelischen Schulanstalten betrieben seit 1927 den Bau eines modernen Schwimmbades auf dem Grund der sogenannten „Schwimmschule“, denn ein Bad wäre für die Schulen und für den Fremdenverkehr äußerst wichtig. LBA und Gymnasium forderten die Gemeinde daher auf, auch Opfer für den Schwimmbadbau zu bringen. Der Gemeinderat vertrat dazu die Meinung, zuerst müsste geklärt werden, wer eigentlich das Bad errichtet, die Ge-

meinde oder die Schulanstalten, denn davon hinge ja auch die spätere Eigentumsfrage ab. Darüber sollte der Gemeindevorstand mit den Schulanstalten erst verhandeln.



Schwimmbad Oberschützen nach der Neueröffnung 1930

Schließlich finden wir in der Oberwarter Sonntagszeitung vom 14. April 1929 die Meldung, dass die Schulverwaltungskommission am 6. April 1929 beschlossen hätte, dass auf dem 3000 m² umfassenden, von den Schulanstalten bereits erworbenen Grundstück, ein Bassin mit 33,3 m Länge, 20 m Breite und einer bis 4 m abfallenden Tiefe mit sechs Podesten für Wettschwimmen, ein Sprungturm und Trampolin, Brauseanlagen, 20 Einzelkabinen, zwei bis drei

Sammelkabinen errichtet werden sollten. Dieser Beschluss wurde an den Gemeinderat geleitet, welcher am 7. dieses Monats beschloss, die Fertigstellung des Schwimmbades zu übernehmen.

Das Bad sollte bis zum Beginn der Badesaison 1930 fertig sein.

Die Finanzierung sah folgendermaßen aus: Subventionen von den Schulanstalten, der Baugrund und 5000 Schilling in bar, 5000 Schilling seitens der Bundesregierung und eventuelle Unterstützung durch die Landesregierung. Der Rest sollte durch ein Gemeinde-Darlehen bis zu 25.000 Schilling beim „Oberschützer Vorschusskassenverein“ (Raiffeisenkasse) aufgebracht werden. Des weiteren wurde vereinbart, dass nach Fertigstellung des Vorhabens das Schwimmbad in den Besitz der Gemeinde übergehe.

Am 28.2. 30 erfolgte die Vergabe der Arbeiten. Den endgültigen Zuschlag erhielt das Offert Ing. Fitzinger, Oberschützen, und Maurermeister Lehner, Kitzladen. Bedingungen der Gemeinde waren ein Fixpreis von 55.000 Schilling und die Bevorzugung einheimischer Arbeiter, Fuhrleute und Professionisten.

Im Juni war das Bad dann bereits fertig. Und am 29.6., 14 h, fand schließlich die feierliche Eröffnung des Schwimmbades statt.

Burgenland - Anschlussdenkmal

Ein Denkmalausschuss der „Jugendgruppe Oberschützen des deutschen Schulvereins Südmark“ unter Führung von Prof. Eugen Kozdon beabsichtigte zur Zehnjahrfeier des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich auf einem den Schulanstalten gehörenden Grundstück ein „Burgenlanddenkmal“ zu errichten. Dazu beschloss zunächst die Schulverwaltungskommission in einer Sitzung am 4. Mai 1931 „für ein Denkmal zur Zehnjahrfeier ... in der Baumschule vor der Bienenhütte einen Platz zu überlassen.“

Die Pläne, die am 14.5.1931 von Prof. Kozdon der Gemeinde mit dem Ansuchen um Baubewilligung vorgelegt wurden, stammten vom Grazer Architekten Rudolf Hofer und sahen die uns bekannte Steinsäule vor. Auf der Vorderansicht sollte zu lesen sein: „Deutschland unser Vaterland“, an den Seiten „10 Jahre Burgenland“ und auf der Rückansicht „10 Jahre Burgenland - Studentenschaft Oberschützen - 20.VI.1931“. Die Errichtung wurde bewilligt und plangemäß, allerdings mit geänderten Aufschriften, gebaut und am 21.Juni 1931 in einem feierlichen Akt enthüllt. Die geänderten Aufschriften dürften den meisten hinlänglich bekannt sein: Auf der Vorderseite stand nun „Deutsch allezeit“ und auf dem marmornen Schlussstein auf der Rückseite waren Worte des steirischen Heimatdichters Ottokar Kernstock zu lesen: „Ragender Stein, mahne noch späte Geschlechter, immerdar schirmende Wächter Deutschlands zu sein! - 10 Jahre Burgenland - Deutsche Studentenschaft Oberschützen - 21. Juni 1931“. Die geplanten Aufschriften an den Seiten unterblieben.

Evangelische Kirche

Die evangelische Kirchengemeinde, ihre Pfarrer und Presbyterien, spielten naturgemäß in Oberschützen eine wichtige Rolle, einerseits verantwortlich für die Schulen, andererseits seit Wimmers Zeiten als zumindest mitbestimmender Faktor im gesamten öffentlichen Leben.



So scheint der Ortspfarrer Senior und seit 1924 Superintendent Theophil Beyer als Mitglied der Gemeinderepräsentanz und des Gemeindeausschusses bis 1920 auf und er war, auch als Senior und Superintendent Präses des Feuerwehrvereines, bis die Feuerwehr 1935 eine Körperschaft öffentlichen Rechtes wurde.

Andererseits waren Presbyter und Kuratoren auch gleichzeitig oft Gemeinderäte und Mitglieder der Urbarialgemeinde, sodass man oft keinen Unterschied zwischen den Institutionen machte, denen man diene.

Wenn man es positiv sieht, könnte man sagen, eine „Gmua(n)“. Wenn man es negativ sieht, muss man sagen, dass dieses Nicht-Auseinanderhalten von Funktionen später oft auch Quelle von Streitigkeiten vor allem in Eigentumsfragen zwischen den Institutionen war, die nicht immer so einvernehmlich gelöst wurden, wie das folgende Beispiel:

Unter dem Datum 18.1. 31 heißt es im Gemeinderatsprotokollbuch: Grundbücherliche Übertragung der evangelischen Volksschule (Nummer 40): die evangelische Muttergemeinde hat den Antrag gestellt, das Gebäude, welches ausschließlich aus Mitteln der evangelischen Bürger gebaut wurde und nur irrtümlich auf den Namen der politischen Gemeinde eingetragen ist, der Muttergemeinde zu überschreiben. Beschluss: das Ansuchen ist vollkommen berechtigt und wird daher einstimmig genehmigt.

Eigentlich habe ich vorgehabt, auch der Person des 1. burgenländischen Superintendenten ein eigenes Kapitel zu widmen, doch das würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen und muss daher unterbleiben.

Schulen

Alle Schulen waren Angelegenheit der Kirche als Schulerhalter und Rechtsträger. Folgende Schulen finden wir im betreffenden Zeitraum in Oberschützen

Evangelische Volksschule (zweiklassig):

Lehrer an dieser Volksschule waren:

Die erste Klasse (1. – 3. Jhg.) unterrichtete **Gustav Kappel** während des gesamten Betrachtungszeitraumes. Kappel wurde 1905 nach einer kurzen Lehrertätigkeit in Ungarn zum 2. Lehrer an die Evangelische Volksschule Oberschützen gewählt. Ab dem Schuljahr 1923/24 war er auch Direktor; bis dahin oblag diese Funktion offiziell dem Ortspfarrer.



Die Oberstufe, das waren zuerst der 4.- 6. Jahrgang, dann der 4. – 7. Jahrgang unterrichtete bis zum Schuljahr 1922/23 **Robert Zipser**. Zipser wurde in Schlesien geboren, erwarb 1881 am Evang. Lehrerseminar Oberschützen die Lehrbefähigung für Volksschulen und wurde 1883 zum Lehrer der hiesigen Evangelischen Volksschule gewählt.

Robert Zipser war zweifellos eine der be- und geachtetsten Lehrerpersönlichkeiten seiner Zeit, weit über die Grenzen unseres Ortes hinaus bekannt und geschätzt. Seine heiteren Erzählungen in hianzischer

Mundart, die er, obwohl aus Schlesien stammend, sehr schnell perfekt beherrschte, wurden überall gern gelesen; sie erschienen einzeln in der Oberwarther Sonntagszeitung, aber auch in Buchform. Große Beachtung fanden seine Aufsätze und praktischen Beiträge zum Thema Obstbau und Bienenzucht, er war Obmann des Obstbauvereines und des Bienenzuchtvereines Oberschützen. Er wurde nicht nur von der Burgenländischen Landesregierung geehrt, vor allem wegen der Gründung und Leitung der Landesobstbaumschule in Oberschützen, sondern 1928 zeichnete ihn auch der Bundespräsident mit dem Titel Ökonomierat aus.

Als Robert Zipser am 7. November 1931 starb, schrieb ein ehemaliger Schüler und späterer Kollege im evangelischen Kirchenboten einen Nachruf. Darin führt er u. a. aus: "Wie wusstest du uns Bäume und Bienen so lieb und wert zu machen... Oberschützen, du bist eine glückliche Gemeinde, dass du ein halbes Jahrhundert lang einen solchen Lehrer und Erzieher hattest!"

Auf Robert Zipser folgte im Schuljahr 1923/24 **Julius Wallner**; dieser unterrichtete in der Oberstufe bis zum Schuljahr 1927/28.

Ihm folgte dann als Lehrer für die Oberstufe der aus Oberschützen stammende **Adolf Posch**. Zum Zeitpunkt seiner Wahl zum Lehrer und Organisten war er Lehrer in Neuhaus am Klausenbach. Adolf Posch versah seinen Dienst an der Evang. Volksschule bis zum Schuljahr 1938/39.

Die Klassenschülerzahlen an der Evangelischen Volksschule bewegten sich zwischen 30 und 59.

Zweiklassige Übungsschule

Der Evangelischen Lehrerbildungsanstalt angeschlossen war seit 1922 eine eigene zweiklassige Übungsschule.

Lehrer der 1. Klasse (1. – 3. Jhg.) war bis zum Schuljahr 1932/33 **Schulrat Ferdinand Ulreich**, der zugleich bis Febr. 1935 Verwalter im Internat war. Auf Ulreich folgte als Lehrer für die 1. Übungsschulklasse **Johann Brunner** aus Oberschützen bis Mai 1935; dann wurde er aus politischen Gründen seines Dienstes enthoben und durch **Alfred Posch** (Absolvent der LBA) aushilfsweise ersetzt. In dieser Dienstenthebung spiegeln sich die Ereignisse wieder, die seit 1934 mit der Ermordung von BK Dollfuss und dem fehlgeschlagenen Putsch der Nationalsozialisten die Republik Österreich und somit auch Oberschützen und seine deutsch-nationalen Kreise bis hin zum Superintendenten aus dem politischen Gleichgewicht brachten. Im Schuljahr 1935/36 unterrichtete Otto Schuh, ebenfalls ein junger Absolvent der LBA, die Klasse und auch das folgende Schuljahr begann wieder der Aushilfslehrer Otto Schuh. Am 28. März 1937 trat an seine Stelle der an der aufgelassenen Bundes LBA Krems frei gewordene, vom BMfU der ELBAO zugewiesene Schulrat Prof. Georg Metzger.



Die 2. Übungsschulklasse (4. – 8. Jhg.) unterrichtete bis 1938 und darüber hinaus **Schulrat Josef Karner**, geboren in Jormannsdorf, Absolvent der ELBAO, der die Funktion als Übungsschullehrer bereits seit 1912 innehatte. Schulrat Karner war ein geachteter und geschätzter Lehrer, ein bedeutender Methodiker, der sein Wissen und seine Fähigkeiten auch zu Papier brachte. Aus seiner Feder stammte das grundlegende Buch für den ersten Unterricht in Geographie an burgenländischen Volksschulen „Das Burgenland“; 1923 erschienen, hat es bis 1938 7 Auflagen erlebt. Ebenfalls von Schulrat Karner ist die Reihe „Methodik des Volksschulunterrichtes“ mit den Heften: 1. Die Schule von heute, 2. Zeichnen, 3. Heimatkunde im 1. und 2. Schuljahr, 4. Heimatkunde im 3. und 4. Schuljahr und

5. Gesang. 1932 veröffentlichte er seine „Fragen zur Beurteilung von Lehrproben“. Schulrat Karner war auch bis zum Schuljahr 1933/34 Erzieher im Internat.

Die Evangelischen Schulanstalten

Schulerhalter und Rechtsträger war die „Schulverwaltungskommission“ unter dem Vorsitz des Ortspfarrers Theophil Beyer, ab 1934 vertreten durch den Kurator. Ihr gehörten weiters an die Direktoren des Realgymnasiums und der LBA, der Internatsleiter, der Internatsverwalter, der Kurator der Muttergemeinde, der Bürgermeister und weitere 6 „Kirchenväter“, die zum Teil gleichzeitig auch Gemeinderäte waren, an.

Die Evangelischen Schulanstalten bestanden aus der **Lehrerbildungsanstalt**, dem **Realgymnasium** und dem **Internat**. Direktoren der LBA waren Aurel Stettner (bis 1936) und Ing. Friedrich Staber (1936 – 1938). Direktor des Realgymnasiums war Alfred Putsch (1922 – 1938). Erziehungsleiter am Internat waren Prof. Wilhelm Ulreich (1922 – 1935) und Ing. Friedrich Staber (1935 – 1938).

So wie die Lehrerbildungsanstalt war auch das Realgymnasium und das Internat, sowohl Lehrer als auch Schüler, verstrickt in die politischen Wirren, die vor allem seit 1934 das Schulleben stark beeinträchtigten.

Eine genauere Darstellung der Entwicklung der Schulanstalten zwischen 1918 und 1933 kann den jeweiligen Festschriften „10 Jahre Höhere Schulen Oberschützen“ des BG & BRG und des Evang. RG & ORG entnommen werden.

Urbarialgemeinde

Das Verhältnis zwischen politischer Gemeinde und Urbarialgemeinde war in der Zeit zwischen den Kriegen ein gespanntes. Der Grund dafür liegt aber bereits im 19. Jahrhundert.

Rechnungs- Fol.	Aktivstand	Geldwerth				Anmerkung
		Eingeh.		Zusammen		
		fl.	kr.	fl.	kr.	
	<u>I. Realitäten</u>					
1	Grundbesitz Nr. 35	300	—			
2	Grundbesitz Nr. 37	80	—			
3	Grundbesitz Nr. 38	2500	—			
4	Grundbesitz Nr. 39	8000	—			
5	Grundbesitz Nr. 76	400	—			
6	Grundbesitz Nr. 148	1000	—			
7	26 Joch 583 Klafter Acker	150	—			
8	673 Joch Wiesen	800	—			
9	49 Joch 800 Klafter Wald	400	—			
10	27 Joch 900 Klafter Hutweide	500	—			

Wir können davon ausgehen, dass im 19. Jahrhundert Urbarialgemeinde und politische Gemeinde, aber wie bereits erwähnt auch die Kirchengemeinde, weitgehend eine Einheit darstellten. So wird etwa 1864 in einem **Inventar über das Eigentum der Gemeinde Oberschützen** folgender Besitzstand angegeben: Gemeindeschulhaus Nr. 35, Haus Nr. 37, Haus Nr. 38, Gasthaus Nr. 39, Haus Nr. 76, Waldwirthshaus Nr. 148. Dazu kommt

als Grundbesitz 26 Joch, 583 Klafter² (14,85 ha) Äcker, 6 Joch, 673 Klafter² (3,6 ha) Wiesen, 49 Joch, 800 Klafter² (27,7 ha) Wald und 27 Joch, 900 Klafter² (15,4 ha) Hutweide.

Und nach einem Vertrag zwischen Politischer Gemeinde und Urbarialgemeinde, geschlossen am 7. Nov. 1897, dessen Abschrift vom Vizegespanamt Szombathely dem Gemeindeamt im Jänner 1926 zugegangen ist, gehörten die Gemeindegasthäuser (Nr. 39 und Nr. 148) das Haus Nr. 38, der sogen. Eichwald und Äcker, Wiesen und Weiden der politischen Gemeinde.

Zu dieser Abschrift erklärte jedoch der seinerzeitige Richter und Urbarialpräses Michael Unger am 4. 2. 1926, dass ein Irrtum vorliegen müsste. 1897 sei lediglich von den Gasthäusern und vom Eichwald die Rede gewesen, nicht aber von Äckern, Wiesen und Weiden.

Es scheint so zu sein, dass sich die Urbarialisten zunächst mit den direkten Geldeinnahmen aus den Obligationen und Anleihen, die nach Rückerstattung der für den Freikauf von den Oberschützer Grundbesitzern geleisteten Zahlungen durch den ungarischen Staat angelegt worden sind, zufrieden waren; Immobilien und Grundbesitz schienen, solange reichliche Zinsen geflossen sind, nicht so interessant gewesen zu sein.

Erst nach 1918, nachdem Obligationen und Anleihen durch die totale Geldentwertung und die politischen Veränderungen praktisch wertlos geworden waren, kam es zu einer deutlichen Auseinanderentwicklung der beiden Institutionen und damit auch zu Konflikten, vor allem um Grundbesitz und Immobilien.

Grundbesitzer und Gemeinderäte, die keine Urbarialisten waren, im Gemeinderat von 1923 1 Sozialdemokrat, im Gemeinderat von 1927 3 Sozialdemokraten, forderten für die politische Gemeinde die ihr ihrer Meinung zustehenden Häuser und Grundbesitz. Der Wortführer der Gegner der Urbarialisten im Gemeinderat war der Nichturbarialist und seit 1927 sozialdemokratischer Gemeinderat Adolf Schranz, Nr. 162. Es begann zunächst ganz harmlos mit dem Stierfutter vom Anger, das sich die Urbarialisten nach Meinung von Schranz ungerechtfertigter Weise und dazu noch weit überhöht von der Gemeinde bezahlen ließen. Die Einwendungen wurden aber stets mit Stimmenmehrheit (von 13 Gemeinderäten waren 10 Urbarialisten) abgewiesen. Die im eskalierenden Streit immer wieder erhobene Behauptung, die Gemeinderäte, die gleichzeitig Urbarialisten waren, seien in den Streitpunkten befangen, Beschlüsse daher ungültig, und diesbezügliche Interpellationen an die Landesregierung bedeuteten zusätzlichen Zündstoff.

Im Laufe des Streites bildeten sich 3 Lager heraus. Das 1. waren die radikalen Urbarialisten, im Gemeinderat durch 2 Gemeinderäte vertreten (Wirtschaftspartei), die die Meinung vertraten, alles sowohl Immobilien als auch Grundstücke gehörte den Urbarialisten. Das 2. waren die Gegner der Urbarialisten um ihren Wortführer Adolf Schranz, die Häuser, Äcker, Wiesen, Wald und Hutweide samt dem Ziegelofen für die politische Gemeinde forderten. Eine gemäßigte Gruppe, der die Mehrheit des Gemeinderates und der Urbarialisten angehörte, vertrat die Meinung, dass die Gasthäuser (Nr. 39 und Waldwirtschaftshaus), das Geschäft (Nr. 38), der Sauerbrunnen und der Eichwald der Gemeinde gehörten. Das beweist die Tatsache, dass noch 1933 vom Gemeinderat der Sauerbrunnen verpachtet wurde.

Und auch die Verpachtung der Gasthäuser und des Geschäftes und die Anordnung von Schlägerungen im Eichwald wurden zumindest bis 1934 durch den Gemeinderat vollzogen.

Trotz allem eskalierte der Konflikt 1931 kam es gegen den erklärten Willen der Gemeinderatsmehrheit zwischen den radikalen Urbarialisten und der Gemeinde zu einem Prozess beim Landesgericht für zivile Rechtssachen in Wien, der von den Urbarialisten angestrengt wurde. Der Prozess brachte aber außer Spesen, wie der Bürgermeister wiederholt gewarnt hatte, keine Lösung des Streites; er drängte auf einen Ausgleich.

Im Jahr 1934 sorgte dann ein Erlass der Landesregierung, der versuchte, die Angelegenheit zu lösen, für Aufregung bei allen am Streit Beteiligten. In einem Schreiben des Gemeindevorstandes an den zuständigen Beamten in der Landesregierung heißt es unter anderem: „Die Enttäuschung (und Verwunderung) über den gefällten Bescheid ist groß und zwar nicht bloß in Kreisen jener Haus- und Grundeigentümer, welche keine Urbarialisten sind, sondern auch in Kreisen jener Urbarialisten, welche nicht zu den Prozessführenden zählen und deren Anzahl gewiss nicht gering ist. Offen gestanden selbst die Prozessführer haben sich ... keinen so günstigen Bescheid erhofft.“ Nach diesem Bescheid, der allerdings bisher noch nicht aufzutreiben war, hätte die Gemeinde weder Anrecht auf die Häuser noch auf die Grundstücke gehabt.

Es ist klar, dass auch dieser Bescheid, der ganz im Sinn der radikalen Urbarialisten war, kein Ende in diesem Rechtsstreit bedeutete. Eine Beendigung erfolgte erst nach 1938, u.

zw. dergestalt, dass Gasthaus Nr. 39 und Geschäft Nr. 38 der Gemeinde zugesprochen wurden, Waldwirtshaus, Sixtina und Grundstücke samt Ziegelofen den Urbarialisten.

Stierwirtschaft - Viehzuchtverein

Bis 1926 oblag die Stierhaltung der Urbarialgemeinde; ab 1926 fiel sie in den Aufgabenbereich der Gemeinde, die diese bis 1931 wahrnahm. Dann hat der Gemeinderat am 1.12. 31 beschlossen, die Gemeindestiere dem Viehzuchtverein Oberschützen zu übergeben, jedoch wurde gegen diesen Beschluss Einspruch erhoben. Die Landesregierung teilte dem Gemeinderat daraufhin mit, dass alle Tierhalter über die neue Regelung befragt werden müssten. In einer Sitzung am 9.4.1932 haben die Züchter beschlossen, die Stierverwaltung ab 1.1. 32 dem Viehzuchtverein Oberschützen zu übertragen. Daraufhin beschloss der Gemeinderat neuerlich mit neun Stimmen bei zwei Enthaltungen die Haltung der Stiere dem Viehzuchtverein Oberschützen ab 1932 zu übertragen. Damit war zumindest der Streit um den Ankauf des Stierfutters für den Gemeinderat vom Tisch.

Gewerbe

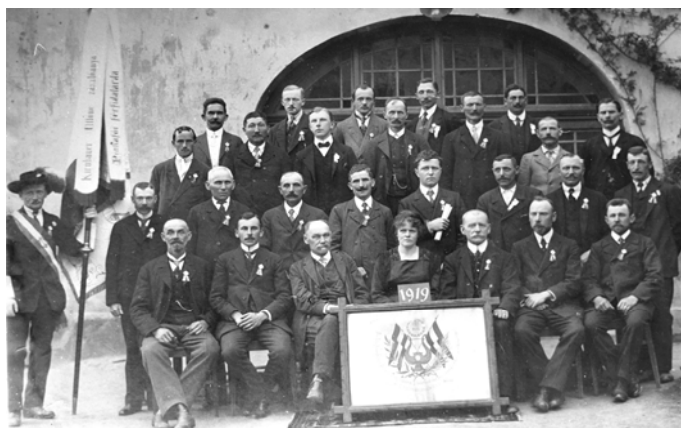
In Oberschützen gab es in der Zwischenkriegszeit 5 Gasthäuser (Gemeindegasthaus Nr. 39 Schuh / Ebenpanger, GH. Neubauer Nr. 167, GH. Kalb / Bayer Nr. 132, GH. Hutter (Ziegelwirt), Waldwirtshaus Stukitz / Schranz), 5 Kaufleute (Nr. 38 Kirnbauer / Neubauer / Murlasits, Ratz, Fleck, Schranz, Kurz und Ungersböck Nr. 29), einige Schuster (Klenner, Simon, ...), Schmiede (Groß, Posch, ...), Schneider (Schranz, ...), Tischler Kirnbauer, Klenner), Zimmermann (Brunner, Graf), Wagner (Hermann), Baumeister (Hazivar, Ing. Fitzinger), Müller (Kolmeier / Winkler, Horvath), Friseur (Ebner), 1 Trafik, Arzt, Apotheker, Tierarzt.

Am 20. Mai 1923 fand eine gut besuchte Gewerbeversammlung statt, bei der die Gründung der „Ortsgruppe Oberschützen und Umgebung des Österreichischen Gewerbebundes“ beschlossen wurde. Der Kaufmann David Ungersböck (Nr. 29 – „Tschandl“), wurde zum 1. Obmann gewählt.

Über die Vertretung der Interessen seiner Mitglieder hinaus spielte der Gewerbeverein vor allem eine wichtige gesellschaftliche Rolle, nicht zuletzt durch die alljährliche Abhaltung des „Bürgerballes“ in „Johann Schuhs Saallokaltäten“ meistens mit der Kapelle Simon aus Oberschützen.

Kulturelle Aktivitäten

Männergesangsverein



Männergesangsverein Oberschützen, 1919

Eine wichtige Rolle für die Dorfkultur spielte immer der Männergesangsverein Oberschützen, der bereits 1883 gegründet worden ist.

Zahllose Sängerkulte, Liedertafeln und das Mitwirken bei Feiern und offiziellen Anlässen zählten zu den wertvollen Aktivitäten des Vereines.

Obmänner des MGVO in der von mir bearbeiteten Zeit waren bis 1919 der Kaufmann Otto Kirnbauer und von 1919 – 1938 der Direktor des

Realgymnasiums Alfred Putsch.

Die Chorleiter waren Schulrat Josef Karner bis 1928, Lehrer Adolf Posch bis 1932, Prof. Kozdon bis 1935 und Prof. Dr. Alfred Kauder bis 1938.

Zur Musikszene gehörte auch das Schulorchester der LBA unter der Leitung des Musiklehrers der Anstalt, Prof. Josef Thüringer, und seine vielbeachteten Konzerte im Turnsaal des Realgymnasiums.

Und die „Kapelle Simon“ spielte bei verschiedenen Ballveranstaltungen zum Tanz auf.

Theater

Aus der Kulturszene des Ortes war das Theater nicht wegzudenken, vereinte doch der Theaterverein Oberschützen, der nach einer Meldung der Oberwarter Sonntagszeitung am 8. November 1923 seine 1. Versammlung abhielt, theaterbesessene Männer und Frauen aus einem „Gutteil der Oberschützer Gesellschaft“ (OSZ)

Vorstand wurde Prof. Dr. Anton Krainz, Spielleiter Prof. Wilhelm Ulreich und Prof. Dr. Moritz Alpenheim, Kassier Alfred Fleck.



Einmal im Jahr gab es eine große Aufführung im Saal des Internates: Zur Aufführung gelangten unter anderem: „Wohltäter der Menschheit“, „Glaube und Heimat“, „Die Kreuzelschreiber“, „Im weißen Rössl“, „Die Ahnfrau“, „Einen Jux will er sich machen“, „Lumpazivagabundus“.

Die Liste der Schauspieler liest sich fast wie das „Who is who“ der Oberschützer Gesellschaft.

Die Aufführungen waren stets ausverkauft und Zuseher kamen auch aus den Nachbargemeinden sowie aus Oberwart, Großpetersdorf und Pinkafeld, wie die OSZ anerkennend anmerkte.

Turnen und Volkstanzen

Körperkultur und Volkskultur als Ausdrucksweise des Deutschen förderte besonders der „Deutsche Schulverein Südmark Ortsgruppe Oberschützen“. Davon zeugen die Gründung



eines Turnvereines und einer Volkstanzgruppe. Obmann der Turnriege war der LAbg. Michael Gesell. Zum 1. Mal trat der Verein mit einem Schauturnen im Jänner 1924 im Turnsaal des Realgymnasiums in Erscheinung. Und im selben Jahr veranstaltete er am 18. Mai ein großes Turnfest in Oberschützen, an dem Turnvereine aus dem Oberwarter Bezirk und der angrenzenden Oststeiermark und Niederösterreichs teilnahmen. Der Turnverein dürfte aber mit dem Abgang von Gesell ent-

schlafen sein. Die Volkstanzgruppe unter der Führung von Prof. Kozdon trat bei vielen Anlässen auf, wie zahlreiche vorhandene Fotos beweisen.

Bemerkenswertes

1. Aufgaben des Bürgermeisters: Zu den Aufgaben eines Bürgermeisters zählte auch die Ausstellung von Leumundszeugnissen. Im gegenständlichen Fall teilte der Kreissekretär dem Gemeinderat mit, dass die BH telefonisch die Gemeinde informiert hätte, dass der Rechtsanwalt von Prof. Thüringer eine Abänderung des ihm ausgestellten Leumundszeugnisses verlangte. In diesem wurde nämlich Prof. Thüringer *„laut Aussage seines Wohnungsgebers als streitsüchtig und unverträglich bezeichnet“*.

Zu diesem Fall gab es dann in der Sitzung am 7.9.1925 einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss. Danach wurde zwar eine Änderung des Wortlautes des Leumundszeugnisses beschlossen, aber nur insofern, dass die Wendung *„laut Aussage seines Wohnungsgebers Johann Schranz“* durch die Wendung *„laut Erfahrung und Erklärung des ganzen Gemeinderates“* zu ersetzen sei. Die Ausdrücke *„streitsüchtig“* und *„unverträglich“* wurden ausdrücklich bestätigt.

Damit war die Sache aber noch nicht zu Ende, weil Prof. Thüringer gegen den Bürgermeister einen Ehrenbeleidigungsprozess angestrengt hat, wie wir aus dem Protokoll vom 27.1.26 erfahren. Der Gemeinderat beschloss in der Folge einstimmig, dass der Bürgermeister als Amtsperson nach bestem Wissen und Gewissen das inkriminierte Leumundszeugnis ausgestellt habe. Daher wurde er bevollmächtigt, sich auf Kosten der Gemeinde einen Rechtsanwalt zu nehmen.

Wie diese Rechtssache ausgegangen ist, konnte ich den Gemeinderatsprotokollen nicht entnehmen.

2. Am 5.7.26 teilte der BGM dem GR mit, dass ihn Rel. Prof. Dr. Glas informiert habe, dass die **katholische Kirche** ab sofort weder zu Mittag noch abends Gebetläuten lässt und dass der Läutstrick hinaufgezogen wurde.

Darauf beschloss der GR einstimmig, *„es möge der Bürgermeister Herrn Dr. Glas unverzüglich in Kenntnis setzen, dass die Gemeinde, nachdem sie ein altes Recht daran hat, es keinesfalls duldet, dass das Läuten auch bloß vorübergehend eingestellt werde und hat zum Läuten die katholische Kirche jemanden zu stellen; auch hat das Läutseil ständig herabzuhängen, dass bei Unglücksfällen (Feuer) sofort geläutet werden kann.“*

3. Parteipolitisches

In der Gemeinderatssitzung vom 13. 7. 30 wurde unter anderem folgender TOP behandelt: *„Beschwerde gegen den Bundesbahnschaffner Leopold Springer: „Im Auftrag des Bürgermeisters führt der Oberamtmann all jene Gründe und Ursachen an, welche die Gemeinde beziehungsweise die Gemeindevertretung zu dieser Beschwerde bewegten. Er betont, dass sowohl im Gemeinderat, obwohl zwei politische Parteien vertreten sind, aber auch in der Gemeinde in der Bevölkerung niemals parteipolitische Differenzen oder Reibereien gegeben waren. Sowohl im Gemeinderat als auch unter der Bevölkerung war von jeher stets das beste Einvernehmen und Eintracht zu beobachten. Erst seitdem Springer Obmann der sozialdemokratischen Ortsgruppe wurde, fing es in Oberschützen an unbehaglich zu werden. Er begann seine politische Laufbahn damit, dass er am 1.12. vorigen Jahres versuchte, im Gemeindegasthaus mit einer Hand voll Anhänger eine Versammlung der Landbündler zu sprengen. Es ist Ihnen gelungen, den Redner fortwährend zu unterbrechen und zu stören, sodass dieser nicht zu Wort kommen konnte. Erst als die herbeigerufene Gendarmerie Springer samt seinen Genossen aus dem Saale jagte, stellte sich wiederum Ruhe ein. Wäre*

die Gendarmerie nicht erschienen, die aufgeregte und empörte Volksmenge hätte Springer samt seinen Genossen wohl gründlich verprügelt. Der durch Springer am 29.6. im Gasthof Hutter inszenierte Exzess bewies abermals, dass er die Menschen, welche nicht jener politischen Gesinnung sind wie er, stets herausfordert und Uneinigkeit und Streit durch sein provozierendes Benehmen erregt. Diesmal ging er jedoch weiter als gewöhnlich, was ja dem Großteil des Gemeinderates bekannt ist. Neun Mitglieder des Gemeinderates waren ja selbst Augenzeugen und Ohrenzeugen. Obwohl die überwiegende Mehrheit der versammelten Bürger den bürgerlichen Parteien angehörte, erlaubten sich Springer und seine Genossen, eine große rote Fahne schwenkend, mit einem Wagen in den Hof einzufahren. Darauf erfolgten unter den anwesenden Bürgerlichen Heilrufe. Das war eine ganz natürliche Folge der Herausforderung. Springer nahm nun mit seinen Genossen in der Nähe des Tisches, an welchem der Gemeinderat saß, Platz. Als auf die Heilrufe auch Freundschaftsrufe laut wurden, sangen die Mädchen das Heimwehlied, welches nun Springers Gesellschaft ganz außer Rand und Band brachte. Im Laufe dieses Wirbels begab sich Springer nun zu dem nicht dienstlich anwesenden Gendarmerieinspektor Schimanofsky und ersuchte diesen in einer heftigen Debatte, dem Gemeinderat und allen Bürgerlichen das Heilrufen abzustellen beziehungsweise zu verbieten. Das löste nun unter den anwesenden Bürgerlichen große Empörung aus. Es ertönten nun noch lautere Heilrufe, die immer wieder wiederholt wurden. **Hätte der Bürgermeister die Gemüter nicht beruhigt, es wäre sicherlich zu einer wüsten Schlägerei gekommen**, welche wohl für beide Teile böse Folgen gehabt hätte. Obwohl ... Springer allein die Ursache des ganzen Exzesses war, ließ er durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Strinyi eine Anzeige gegen den Oberamtmann machen, dass dieser diszipliniert werde. Aber auch gegen den Bürgermeister erhob er Anklage. Eine größere Frechheit ist nicht vorstellbar. Zum Schluss ist noch zu bemerken, dass gegen Springer bereits zwei Anzeigen laufen, eine vom Tatzmannsdorfer Stationsvorsteher, die andere von der Kurkommission, ein Zeichen, wie unbeliebt Springer überall ist. Der Oberamtmann gibt noch an und betont, dass sich die Empörung und Aufregung der Gemeinde gewiss nicht gegen die sozialdemokratische Partei richtet, sondern allein gegen die Person Springer, der überall bloß Unfrieden und Streit stiftet. Solange er hierorts verweilt, wird niemals Ruhe herrschen. Aufgrund dieser Schilderung stellt der Bürgermeister den Antrag, darüber zu beschließen, ob gegen Springer eine Anzeige zu erstatten und seine Versetzung zu verlangen sei. ... Die Abstimmung ergibt, dass sechs Gemeinderäte für eine Anzeige, fünf Gemeinderäte dagegen stimmen. Der Bürgermeister wird daher beauftragt, die Anzeige gegen Springer zu erstatten und seine Versetzung zu verlangen.“

Über den Erfolg der Anzeige ist nichts bekannt.

4. Oberwarter Sonntagszeitung

Skiiunterricht der Oberschüler-Schuljugend. Das schöne Stigelande im Wechselgebiet hat schon seit Jahren wagemutige Wintersportler unter der Schülerjugend der evangelischen Schulanstalten in Oberschützen den Schneelauf ausüben gesehen. Doch waren das Böglinge aus den Alpenländern, die von klein auf mit dem Schneeschuh verwachsen sind. Dieses Schuljahr nun konnte durch dankenswerte Beiträge des Bundesministeriums für Unterricht für die Lehrerbildungsanstalt 16 Paar Schustier angeschafft werden, so daß heuer auch Burgenländer, meist Söhne der Ebene, den Wechsel mitten im sonnigen Februarschnee „auf Bretteln“ besuchen konnten. Den Erfolg dieser Einführung konnte man aus den begeisterten Augen der Skianfänger lesen. Die Lehrkräfte hatten nur festzustellen, daß die für diesmal an der Skitour Nichtteilnehmenden sie bestürmten, recht bald auch die übrigen diese Winterluft erleben zu lassen, sie mit diesen Leibesübungen in Schnee und Sonne vertraut zu machen.

Christa Grabenhofer

Johann Neubauer (1880 – 1970)

I) Vorbemerkungen

Unbeachtete und in alten Schachteln oder Körben aufbewahrte Schriftstücke, die Jahrzehnte später zufällig entdeckt werden und nicht im Altpapiercontainer landen, bergen meistens interessantes Quellenmaterial für allerlei Forschungen. Wenn solch ein Fund gemacht wird, wundert man sich, in welchen Winkeln und Kellern Schriftstücke überlebt haben, die bei näherer Beschäftigung und Auswertung ein Menschenleben in ganz neuer und ungekannter Art und Weise erschließen.

Im gegenständlichen Fall des Johann Neubauer lagerte im Keller seiner letzten Wohnung in Oberschützen das Vermächtnis eines Mannes, der einen langen, schwierigen und widerspruchsvollen Lebensweg gegangen ist. Zugleich kann man darin auch in Briefdokumenten ein Spiegelbild eines Jahrhunderts sehen, das den Menschen im ehemals westungarischen Gebiet politisch viel zugemutet hat, aber auch die allgemeine Lage von Krieg, Vertreibung, Flucht, Lagerleben und Neuanfang an Einzelschicksalen sichtbar machen. Neubauer hat eine umfangreiche Korrespondenz – teilweise geordnet – hinterlassen, die ihm offenbar so wichtig war, dass er sie selbst über die Jahrzehnte hinweg bis zu seinem Tod aufbewahrt hat. Der Nachlass beinhaltet aber vor allem auch die Durchschriften der Briefe, die Neubauer selbst geschrieben hat, und diese zeigen sehr gut einerseits seine ganz private Situation und andererseits reflektieren sie seine Persönlichkeitsstruktur.

Neben den Briefen enthält das Konvolut auch viele andere Schriftstücke, Zeitungsausschnitte und penibel gelistete Kalender mit Alltagsaufzeichnungen seiner letzten Jahre in Oberschützen.

Besonderes Augenmerk legte Neubauer natürlich auf sein dichterisches Werk, das ebenfalls im Manuskript enthalten ist.

Unzählige Gedichte, die offenbar bei verschiedenen Gelegenheiten von ihm vorgetragen, aber nicht alle gedruckt wurden, samt Korrekturen, finden sich darin.

Hunderte handschriftliche Seiten mit dem „Hienzischen Wortschatz“, einer Sammlung von Mundartworten aus seiner Heimatgemeinde Oberschützen, an der er nach eigenen Angaben zehn Jahre gearbeitet hat, machen einen großen Teil des Nachlasses aus. Seine Bemühungen um öffentliche Anerkennung sind besonders damit verbunden. Darin sah er sich in der Tradition der Volkskunde und der Sprachwissenschaft. Sammeln und Aufbewahren von



Johann Neubauer
(Zeichnung von Franz Simon)

Volksgut - sei es die Sprache, die Geschichten, die Lieder, die bäuerliche Architektur – war zu Neubauers Zeit bereits ein großes Anliegen gewesen (wie bei J.R. Bünker in Ödenburg).

Den Mundartwortschatz Oberschützens wollte er damit dokumentieren und in seiner Verwendung zeigen. Nicht die etymologische Forschung steht dabei im Vordergrund – dafür fehlten ihm wohl auch die wissenschaftlichen Voraussetzungen -, sondern der jeweilige Kontext anhand vieler Beispiele.

In der Geschichte der Mundartdichtung wird Neubauer vor allem als Autor der „Hienzischen Bliamal“ gesehen, die er in der 1. Auflage 1923 (in Ödenburg) und 1958 in völlig veränderter und erweiterter 2. Auflage herausbrachte. Dazu wird im weiteren Text dieser Abhandlung noch detaillierter zu lesen sein.

Bei der Flucht aus Ungarn hat Neubauer seine Arbeiten mitgenommen.

Der gesamte Nachlass lagerte nach seiner Entdeckung im Evangelischen Pfarramt Oberschützen, da sich die Wohnung Neubauers in einem Haus der Pfarrgemeinde befand, und wurde später dem Hianzenverein (Burgenländisch-Hianzische Gesellschaft) in Oberschützen übergeben. Jahrelang blieben die Schriftstücke dort und wurden erstmals von der Verfasserin einer genaueren Sichtung unterzogen, als der Museumsverein Oberschützen zum 125. Geburtstag Neubauers einen Gedenkabend plante. Das erste Mal wurden zu diesem Anlass bis dahin unbekannte Dokumente aus Neubauers Nachlass einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.

(Anmerkung: Der vorliegende Beitrag deckt sich allerdings nicht mit den Vortrag anlässlich des Gedenkabends am 28. Oktober 2005, gehalten von Christa Grabenhofer.)

In Ausschnitten viele Originalbelege vorstellen zu können, ist die eine Absicht, die andere, daraus auch ein Leben in den Bedingungen der Zeitumstände zeigen zu können. Nicht allein der Dichter steht daher im Mittelpunkt dieses Beitrages, sondern der Mensch Johann Neubauer.

Gerade die vielen Briefe, die der Nachlass enthält, bringen ein eindruckvolles Bild der Not, die Neubauer im Alter, seit der Flucht bzw. Vertreibung aus Ungarn 1945 erlebt und die er mit unzähligen Deutschsprachigen dieses Gebietes geteilt hat.

Daher werden Briefe und Textstellen daraus ein Schwerpunkt dieser Abhandlung sein. Umso mehr, als über Neubauers „Wortschatz“ und seine „Hienzischen Bliamal“ hin und wieder kleine Beiträge publiziert wurden (z.B. in der Zeitschrift „Volk und Heimat“ und im ORF-Studio Burgenland), nie zuvor aber diese persönlichen, privaten Seiten Neubauers Gegenstand einer Veröffentlichung waren.

Seine dichterischen Texte kann man mit entsprechendem Abstand lesen und beurteilen – das ist eine gängige textkritische Betrachtungsweise; persönliche Briefe bedeuten eine andere Kategorie. Mit umso mehr Respekt und Achtung vor dem Menschen Johann Neubauer hat man sie zu lesen.

II. Stationen eines Lebenslaufes

Oberschützen - Herkunft und Ausbildung. Berufstätigkeit in Franzensfeld und Ödenburg

Als Johann Neubauer am 28. März 1953 und später noch einmal am 25. September 1962 ein Ansuchen an das Zentralbesoldungsamt um die Gewährung eines Versorgungsgenusses stellt, listet er seinen persönlichen Werdegang im entsprechenden Antrag auf. Daraus sind die folgenden Angaben entnommen.¹ Es ist dies eine bislang nicht bekannte Aufstellung wichtiger Lebensdaten.

Aus den Matriken:

Johann Neubauer, geboren am 14. Feber 1880, getauft am 16. Feber 1880

Eltern: Matthias Neubauer und Maria Simon

Früher Tod des Vaters, als Neubauer 12 Jahre alt war . Die Mutter hat mit Nähen und Waschen das Nötigste verdient, um für die jüngere Schwester und ihn zu sorgen. Er war Direktor Höllig lebenslang dankbar, dass er ihm den Besuch der Lehrerbildungsanstalt ermöglichte.²

Dort legte er im Jahr 1900 die Reifeprüfung ab.

Organistenprüfung. Religionslehrerprüfung.

Heirat am 26. März 1908 mit Amalia Fempel, geboren am 26. Jänner 1887.

Neubauer ist zu der Zeit als junger Lehrer wohnhaft in Franzensfeld/Banat, seine Frau stammte aus Pancsova.

Dienstlaufbahn:

An der Staatlichen Volksschule in Franzensfeld/Banat, einer Schule, die den besten Ruf genoss, war Neubauer von 1900 – 1921 als ordentlicher Klassenlehrer tätig. In dieser Zeit leitet er über die Vermittlung Emil Maenners drei Sommerferialekurse an der Universität Jena, wo bis zu 600 Lehrer teilnahmen.

Durch die politische Neuordnung nach dem 1. Weltkrieg muss Neubauer Franzensfeld verlassen, der Ort fällt an Jugoslawien. Er entscheidet sich nicht für das junge Burgenland und seinen Heimatort, sondern geht nach Ödenburg, wo er von 1921 – 1940 die Direktorenstelle an der Evangelischen Volksschule innehat. Dort wird er nach vierzigjähriger Dienstzeit in den Ruhestand versetzt. Der Königlich-Ungarische Pensionsfonds war die letzte bezugauszahlende Stelle.

Militärdienstzeit im 1. Weltkrieg:

Von Oktober 1914 bis März 1915 als ungarischer Honvedersatzreservist am serbischen Kriegsschauplatz im Range eines Korporals.

Tag der Vertreibung bzw. Flucht aus Ungarn: Gründonnerstag, 26. März 1945.

Aufenthalt in Salzburg von 28. März 1945 bis September 1947.

Oberschützen ab September 1947.

In Salzburg nahm ihn die Evangelische Kirchengemeinde als Flüchtling auf, wo er eine Verwendung als Kanzleikraft und später zusätzlich als Religionslehrer fand.

Auch in Oberschützen war er anschließend als Religionslehrer beschäftigt, musste allerdings die kirchlicherseits erforderliche Prüfung ablegen.

Nach den Unterlagen erhielt Neubauer von der Burgenländischen Landesregierung eine begrenzte Gnadengabe von monatlich S 500.- und vom Fürsorgeamt Oberwart S 300.-.

Keine weiteren (ausländischen) Unterstützungen, d.h. seine Pension aus der lebenslangen Tätigkeit in Ungarn war verfallen.

Neubauer macht an 28.März 1953 folgende Anmerkung:

„Bei der Unterstützung der Burgenländischen Landesregierung handelt es sich nicht um eine Gnadenpension, sondern um eine Gnadengabe, die mir – wie es im Bescheid heißt – unter Würdigung meiner Verdienste um die Burgenländische Mundartdichtung gewährt wurde.“

Seitens der Heimatgemeinde Oberschützen wurde dem staatenlosen Flüchtling am 25.März 1946 das Heimatrecht zugesprochen. Dazu werden zwei Dokumente ausgewiesen:

Eine Bescheinigung des Bürgermeisters – ein Sittenzeugnis – vom 12.November 1951, damit Neubauer einen Antrag auf einen Reisepass stellen konnte, und vom 28.März 1950

(Bürgermeister Pratscher), in der die „Achtung und Liebe der Gemeinde Oberschützen“ für seine Tätigkeit als Religionslehrer und für seine Volkstumsarbeiten betont werden.

Die Frage der Staatsbürgerschaft war für die Vertriebenen essentiell, war doch daran nicht nur die Aufenthaltsbewilligung, sondern vor allem auch die Arbeitsbewilligung gekoppelt. Das österreichische Staatsbürgerschaftsgesetz in der Fassung BGVL.53/1946 regelte die Voraussetzungen für den Erwerb. Auf Neubauer trafen nicht einmal die Ausnahmebestimmungen zu, obwohl diese großzügig gehandhabt wurden. „Der staatsbürgerliche Eingliederungsprozess der vertriebenen Volksdeutschen nahm einen Zeitraum von fast einem Jahrzehnt in Anspruch, ehe die gesetzlichen Voraussetzungen für eine rechtliche Gleichstellung garantiert werden konnten.“³ Die bereits 1949 gegründete „Interessengemeinschaft Volksdeutscher Heimatvertriebener“ war bemüht, die „Diskrepanz in den Auffassungen über die Rechte und Pflichten der Heimatvertriebenen mit dem realen Leben und der politischen Wirklichkeit in Einklang sowie die volksdeutschen und die österreichischen Interessen möglichst auf einen Nenner zu bringen.“⁴

Die „Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an die Volksdeutschen verlief heterogen und war ethnisch differenziert. Zunächst galten die Volksdeutschen als staatenlos, die als Ausländer nach den Bestimmungen der Fremdenrechtes behandelt wurden und eine befristete Aufenthaltsbewilligung erhielten“. Erst im Optionsgesetz vom 2.Juli 1954, das nach Prüfung durch den Alliierten Rat und den Bundesrat am 5. August 1954 wirksam wurde, konnte eine Person, wenn sie durch den Zweiten Weltkrieg staatenlos geworden war, aber eine deutsche Sprachzugehörigkeit zeigte, durch eine einfache Erklärung, in der sie versicherte, dass sie der österreichischen Republik als treuer Staatsbürger angehören wolle, die Staatsbürgerschaft erlangen.“⁵

Neubauer lebte bis zu seinem Tod 1970 in Oberschützen. Auch seine Frau Amalia konnte später zu ihrem Mann kommen. Zur Zeit der Vertreibung aus Ödenburg hielt sie sich bei der Tochter Elli und dem Schwiegersohn in Ragendorf und anschließend in Straß-Sommerein auf. Sohn Hans flüchtete mit seiner Frau nach Deutschland; mit ihm hat Neubauer von Salzburg aus bald brieflich Kontakt aufnehmen können. Sohn Elemer verlor im Krieg einen Arm und ist deshalb im ungarischen Verteidigungsministerium beschäftigt worden. Zu ihm hatte Neubauer nach der Flucht keine Verbindung. In einem Brief an Professor Emil Maenner (s.o.) nach Weinheim a.d.B., datiert mit 25. März 1946, ersucht er diesen um Hilfe bei der Vermittlung einer Stelle als Religionslehrer („...dass ich irgendwo ein stilles Plätzchen finden würde, wo ich unterkommen könnte ... ein stilles Winkelchen... und ein bescheidenes Auskommen...“) und schreibt ihm einen ausführlichen Bericht über den Zustand Ödenburgs („Unsere schöne Stadt Ödenburg würden Sie nicht wieder erkennen“). Dann geht er auf die näheren Umstände der Flucht ein. In keinem Teil der Korrespondenz und der anderen Aufzeichnungen fand die Verfasserin eine parallele Schilderung.

„Meine Frau war in dieser Zeit bei meiner Tochter in Ragendorf, die ein vier Monate altes Knäblein hatte. Sie wollte ihr, wenn es flüchten heißt, behilflich sein. Bei unseren burgenländischen Verwandten wollten wir uns dann treffen. Leider kam alles ganz anders. Ich ging am Gründonnerstag von Ödenburg weg. In der Annahme, dass meine Leute von Ragendorf aus dasselbe tun werden, wie es ja vereinbart war. Erst im Oktober erfuhr ich, dass sie nicht mehr flüchten konnten und in Ragendorf zurückgeblieben sind. Sie sind – gottlob – alle erhalten geblieben. Meine Frau, meine Tochter, mein Enkelkind und mein Schwiegersohn, der Eisenbahnbeamter in Hegyesalom ist. – Mein jüngerer Sohn, der aktiver Oberleutnant in der ungarischen Armee war, ist mit dem Landesverteidigungsministerium herausgekommen, nach Bayern. Ich konnte ihn hier nicht treffen, da ich sehr spät von ihm etwas hörte. Mittlerweile sind sie dann auch zurück nach Ungarn gegangen. – Er hat nun als kriegsinvalider Offizier / er hat den linken Arm verloren / im Kriegsministerium wieder eine Anstellung erhalten. Der ältere Sohn ist mit seiner jungen Frau von seinem Wirkungsort / er war Buchhalter in

einer Zuckerfabrik / weggegangen und ist ebenfalls in Bayern gelandet. Gegenwärtig ist er in Celle und lernt das Zimmermannshandwerk. Ein braver Junge, der große Zuversicht und festes Gottvertrauen hat.“

Die zwanzig Jahre als **Direktor der Evangelischen Volksschule in Ödenburg** sind wohl als Höhepunkt in Neubauers Leben zu bezeichnen. Hatte er sich schon in Franzensfeld über zwanzig Jahre hindurch eine solide berufliche Stellung aufgebaut, so erlangte er in Ödenburg in einem aufgeschlossenen kulturellen und gesellschaftlichen Umfeld große Wertschätzung. Umso unverständlicher blieb es zeitlebens für ihn, dass der Staat Ungarn, den er als sein Vaterland liebte und in dem er sein gesamtes Leben zubachte, ihn verfolgte. (Dazu werden weiter unten Briefausschnitte zitiert.)

Neubauer sah sich nicht als Burgenländer, er wollte 1921 weiterhin als Deutscher in Ungarn leben. Erst in der 50iger Jahren, als gewiss war, dass er nicht mehr nach Ungarn zurückkonnte, arrangierte er sich offensichtlich mit dem Burgenland und bezeichnete sich als „a Burgenlända“, wie der Titel der Gedenkveranstaltung des Museumsvereines Oberschützen hieß, der einer Gedichtzeile Neubauers aus der zweiten Auflage der „Hienzischen Blimal“ von 1958 entnommen ist, wo er schreibt:

„A Burgenlända bi i!

Die entsprechende Stelle im Original von 1923 heißt allerdings:

„A Hienz bin i – und bleiw i!“

In Ödenburg wurde Neubauer Mitarbeiter an der Ödenburger Zeitung und hatte mit allen Kulturschaffenden gute Kontakte – ob deutsch- oder ungarischstämmig. Er war auch Mitglied im Journalistenverband und hat 1933 den Wodianer–Preis der Ungarischen Akademie der Wissenschaften bekommen.

Aus dieser glücklichen Zeit in Ödenburg soll auf ein Werk näher eingegangen werden, das Neubauer 1927 verfasste:⁶

Geschichte des Ödenburger Wirtschaftsbürger-Männergesangvereines 1887 – 1927

Von seiner Gründung im Jahre 1887 bis zu seiner 40jährigen Jubelfeier im Jahre 1927

Zusammengestellt von J. Neubauer, Lehrer, Sekretär des Ödenburger

Wirtschaftsbürger-Männergesangvereines

Neubauers Widmung in diesem für ihn sehr wichtigen Werk lautet:

„Meinem lieben einstigen Professor

Herrn Daniel Bothar

In dankbarer Verehrung zugeeignet.“

Die Arbeit an diesem Büchlein hat ihm sehr viel Freude gemacht, schreibt Neubauer am Ende. Zum Wohl und zur Ehre der Heimatstadt Sopron (Anmerkung: nicht Ödenburg) und dem Vaterlande. Er betont die treue Liebe zu Heimat und zum ungarischen Vaterland.

„Das deutsche Lied, es gilt der Heimat, dem Volkstum, das ungarische dem Vaterland. Beide erklingen in schönster Harmonie, in gleicher Vollkommenheit. Nichts soll diese schöne Harmonie stören, die im Herzen der Wirtschaftsbürger mit einem festen Band Heimat, Volkstum und Vaterland umschließt...“.

1927 schreibt Neubauer kein Wort über die veränderte politische Situation, die Abstimmung im Jahre 1921 und den Anschluss des neuen Burgenlandes an Österreich – ohne Ödenburg. Sein Heimatdorf Oberschützen lag nun in einen anderen Staate!

Er verfasst zwar in einem anderen Zusammenhang ein Gedicht mit den Titel: „Wos is Politik“, aber Realpolitik hat er zu der Zeit offenbar völlig ausgeklammert, sie holte ihn erst 1945 ein.

Wiederholt nennt Neubauer in der Geschichte des Gesangvereines die patriotische Gesinnung der Wirtschaftsbürger (das sind die Bauern), die von Anfang an als Beweis dafür neben dem deutschen Lied auch die Pflege des ungarischen Liedes sich zum Ziele gesetzt hatten. In elf Kapiteln erzählt Neubauer ausführlich die Geschichte, die Teilnahme an Chorfesten, die Ziele des Vereines, berichtet über seine Wahl zum Sekretär, der „herzliche Ovationen“ bei seinem Erscheinen bekam. Zu der Zeit zählte der Chor 91 Mitglieder. Das 40jährige Gründungsfest wurde mit einem Theaterabend am Vorabend und einer Festliedertafel im Elisabethpark begangen.

Das Singen im Chor war nicht nur als Zeitvertreib gedacht, sondern hatte seit der Gründung pädagogische Ziele, denn es wurde damit „eine vorzügliche Bildungsmöglichkeit auch für jene geschaffen, die sonst nicht oft Gelegenheit hätten, Geist und Gemüt in ethischer Richtung zu befruchten...“⁷

Das letzte Jahrzehnt seiner Ödenburger Zeit ist geprägt durch die Beschäftigung mit dem mundartlichen Wortschatz seiner Heimatgemeinde. 1940 liegt das Manuskript bereits vor. Als Neubauer nach dem Krieg nach Oberschützen kommt, gilt sein großes Interesse einer möglichen Veröffentlichung. Dazu hatte er schon vorher Kontakt zum Burgenländischen Landesarchiv (Dr. Heinrich Kunnert) aufgenommen und die Sammlung dem Landesarchiv übergeben. Nach dem Krieg knüpfte Neubauer offenbar sofort von Salzburg aus in dieser Sache Kontakte, denn Dr. Kunnert schreibt am 22. Oktober 1945 an Neubauer: „...Ihr Manuskript haben wir noch mit unseren Archivbeständen in ein Schloss bei Melk gebracht... Ich versuche mit LH Leser in Verbindung zu kommen.“⁸

Eine Herausgabe als Gesamtwerk lässt sich nicht bewerkstelligen, immerhin wird eine Veröffentlichungsreihe diskutiert. Es kommt nicht dazu. Im Burgenländischen Landesarchiv, wo sich eine Abschrift befindet, hat Klara Köttner-Benigni in den 70iger Jahren sprachgeschichtlich daran gearbeitet.

In einem späteren Schreiben an Eugen Mayer, den Mundartdichter und langjährigen Chefredakteur der burgenländischen Kulturzeitschrift „Volk und Heimat“ überbringt Neubauer eine Gratulation zur Verleihung des Titels „Oberschulrat“ und fährt dann fort: „Oft betrachte ich sinnend die Mappen...“. Er bezieht sich auf die Sammlung des „Wortschatzes“ und schreibt von der „lückenlosen Wiedergabe des hienzischen Sprach/Wortschatzes in fachgerechter Reihenfolge von A bis Z“, der alle Ausdrücke des hienzischen Sprachgutes von Oberschützen und Umgebung umfasse. „Soll die Frucht langer Jahre der Vergessenheit anheim fallen?“ Die Veröffentlichung wäre ein Herzenswunsch von ihm. Vergeblich. Weder in einer Serie, noch in Auszügen erfolgt eine Veröffentlichung.

III. Flucht und Vertreibung, Not der Nachkriegszeit und Aufnahme in Salzburg

Neubauer verlässt am Gründonnerstag des Jahres 1945 Ödenburg und wird von der Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Salzburg aufgenommen, wo er offenbar ein sehr gutes Verhältnis zu Pfarrer Kruse (der später in Hamburg wirkt) hat und insgesamt für seine Arbeit geschätzt wird – zunächst als Kanzleikraft und später als Religionslehrer. Er schläft in seinem „Archiv-Stübchen“ neben der Kanzlei, hat gute Militärschuhe und Socken, den Winterrock und drei gute Anzüge hatte er von daheim mitgenommen (Brief an Sohn Hans, 17. Dezember 1945). Im selben Brief denkt er an Heimfahrt nach Ungarn: „Ich kann mich nicht allein in der Fremde fortbringen.“ Er hofft auf Amnestie: „Vielleicht gelingt es mir, dass ich meine ungarische Staatsbürgerschaft behalten kann“ (21. Dezember 1945). Darin zeigt sich das Dilemma, in dem die Deutschen Westungarns steckten: Sie haben ethnisch und kulturell deutsch gefühlt, aber als Vaterland Ungarn anerkannt, das heißt, die Grenzen zwischen Staatstreue und Volkstum waren durchaus fließend.

Die Regierungsverordnung über die Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn (Vilagossag 30. Dezember 1945) nennt unter Punkt 3: „...weiterhin diejenigen, die Mitglieder des Volk-

bundes“ waren. Dieser Punkt betraf Neubauer – nachzulesen im Brief an seine Frau vom 24. April 1946 (siehe unten). In derselben Regierungsverordnung sind auch die Durchführungsbestimmungen geregelt: „Die gesamten Mobilien und Immobilien der Auszusiedelnden ist als unter Sperre gesetzt zu betrachten. Der Eigentümer kann von den gesperrten Vorräten nur so viel in Anspruch nehmen, was dem gewöhnlichen Bedarf entspricht. Das gesamte Vermögen ist unter Kontrolle einer vom zuständigen Minister gesandten Fachkommission zu inventarisieren...“. Der Volksbund wurde im Jahre 1938 gegründet und am 13. April 1939 vom ungarischen Innenministerium genehmigt. Seine Ziele waren laut §2 der Satzungen die „Förderung der kulturellen Interessen der deutschsprachigen ungarischen Staatsbürger auf allen Gebieten volklicher Lebensäußerung. Die Pflege und Stärkung der Anhänglichkeit zum Vaterland“.⁹

In seinem Aufbau und seiner Propaganda nach 1940 war er dem deutschen nationalsozialistischen Modell ähnlich. Über die Mitgliedschaft konnte man das nicht immer behaupten... Viele wurden von der Propaganda mitgerissen, in vielen Fällen wussten die Mitglieder jedoch überhaupt nichts von ihrer Mitgliedschaft, da die Eintrittserklärung von einem anderen unterzeichnet wurde.¹⁰ Auf der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 genehmigten die Großmächte das Ansuchen der ungarischen Regierung um teilweise Vertreibung der Deutschen, nicht als Befehl, sondern als Möglichkeit. Die Vertreibung betraf besonders die evangelische Kirche schwer.

Am 4. Oktober 1945 schreibt Neubauer aus Salzburg einen langen Brief an Pfarrer Bisanz nach Loipersdorf: „Alles ertrug ich in christlicher Geduld in der Hoffnung, dass es mir gelingen wird, mit meiner Familie zusammenzukommen... Leider blieben alle meine Nachforschungen völlig erfolglos, trotzdem meine Suchaktion alle Möglichkeiten in Erwägung zog.“ Er bittet Bisanz in Agendorf oder Ödenburg nachforschen zu lassen, wo seine Frau und seine Tochter Elli mit Familie sei. Von seinem älteren Sohn Hans, der in der Zuckerfabrik Petőhaza beschäftigt war, weiß Neubauer zu dem Zeitpunkt bereits, dass er mit seiner jungen Frau Helene nach Deutschland ausgesiedelt wurde. Der Familie Bergmann in Ödenburg bittet er Grüße zu bestellen: „Wenn es der Familie gelungen wäre, etwas von meiner Wohnung zu retten, wäre ich sehr dankbar.“ In einer Nachschrift fragt er, ob es stimme, dass die deutschen Gemeinden Westungarns evakuiert wurden. Bisanz berichtet ihm am 19. Oktober, dass eine gewisse Verfolgung der Deutschen im Gange sei, „sodass viele freiwillig das Land verlassen. In Agendorf¹¹ ist die Verfolgung sehr groß, dort werden auch die Bauern von ihren Höfen vertrieben. Ich selbst würde Ihnen auch raten, noch in Salzburg zu bleiben, bis eine gewisse Beruhigung eingetreten ist... Frau Bergmann lässt Ihnen sagen, dass alle Ihrer Angehörigen in Ungarn geblieben und wohlbehalten sind. Von Ihren Möbeln ist ein Teil erhalten geblieben und befindet sich im Dachboden von Frau Bergmann.“ Bisanz kann ihm auch die Adresse von Sohn Hans übermitteln.

Am 3. November 1945 bekommt Neubauer von einem Hans Schopf, der in Vöcklabruck als Flüchtling lebt und ihm offenbar bekannt ist, Nachricht. Er schreibt von einem Mädels, das eine Woche vorher aus Ragendorf kam und über Neubauers Frau und Tochter ebenfalls Bescheid wusste. „Sie können dort bleiben, weil der Schwiegersohn (Anm.: Ladislaus/Laci Mayer) ein Ungar ist.“

In den Briefen ist abzulesen, wie intensiv der briefliche Verkehr zwischen Flüchtlingen war und wie sehr alle einander bei der Suche nach Angehörigen weitergeholfen haben. Aber auch die Not und das Elend werden deutlich. Aus einem Brief von Rosa Kolb vom 3. Oktober 1945 an Neubauer: „...da nun aber die Kälte kommt, es ist ja wegen der alten Mutter, und wir keine Wohnung für den Winter, es ist zum Verzweifeln, wenn wir nur nach Hause könnten, irgend in ein Haus, wenn auch nicht im eigenen, bloß eine Kammer, wo man heizen kann...bei der Volksdeutschen Delegation sagt man, es kann noch länger dauern, wir sollen geduld haben...“(sic!). Kolb gibt eine Liste von Männernamen mit den Geburtsdaten

an, nach denen sich Neubauer erkundigen solle, wenn es ihm möglich wäre, und wünscht ein recht baldiges Wiedersehen in der Heimat.

An Dr. Wilhelm Hackstock, einen Freund, der sich in Weer/Tirol befindet, schreibt Neubauer am 20. Jänner 1946: „Mit Kummer denke ich an das Los unserer Landsleute, die nun auch zum Wanderstab greifen müssen. Schwer lastet die Hand der Vorsehung auf uns... Ich stehe allein in der Welt und bin manchmal wirklich recht verzagt... Ich habe im rechten Arm eine Nervenentzündung, die mir manch schlaflose Nacht bereitet.“ (Anm.: Dazu gibt es sogar ein ärztliches Attest im Nachlass).

Lange Briefe schreibt er seiner **Frau Mali**:

„...und nun lebt alle wohl. Gott erhalte und behüte euch... Er möge uns ein Wiedersehen geben, wenn auch in Not und Elend. Wir wollen es gemeinsam ertragen!“ (Brief von 15. März 1946)

In einem ausführlichen Brief vom 24. April 1946 an seine Frau kommt er das einzige Mal auf die politische Lage und die Vorwürfe gegen ihn zu sprechen. Daher sei daraus eine längere Stelle zitiert:

„Wie ich höre, ist der Hass noch zu groß... Warum legt man mir eine so große Schuld zur Last, wo ich doch wirklich nie etwas gegen mein Vaterland unternommen habe und ihm auch nie untreu geworden bin? Deshalb habe ich ja auch keinen Posten beim Volksbund angenommen, trotzdem man mir solche angetragen hat. Ich habe auch niemanden überredet, dass er dem Volksbund beitreten soll, und vieles wurde seitens des Volksbundes getan, was ich nicht gutheißen kann. Man wusste es in der ganzen Stadt, dass ich eine mäßige Richtung vertrete und nie ein Freund der radikalen Richtung war. Deshalb wollte man mich ja nicht in den Volksbund aufnehmen. – Ich habe nahezu zehn Jahre an der Zusammenstellung des hienzischen Wortschatzes gearbeitet und ich wusste, dass ich das Werk nur mit Hilfe des Volksbundes herausgeben kann. Auch dies veranlasste mich zur Mitgliedschaft. Aber nicht die innere Überzeugung. – Ich habe sie nicht verlangt. Senior Scholtz hat einmal in Budapest gefragt, warum man mich nicht in den Volksbund aufnimmt? Da hat er zur Antwort bekommen, weil ich mich nicht so verhalte, wie es der Volksbund gerne sehen würde und weil ich auch meine Kinder nicht so erzogen habe, wie sie es haben wollten. Auch meine Mitarbeiterschaft bei der Zeitung beanstandete man. Aber auf Zureden des Herrn Seniors hat man mich dann aufgenommen. Diese Nachricht brachte er mir aus Budapest, und ich wollte dann nichts mehr daran ändern, schon wegen meiner Arbeit mit dem hienzischen Wörterbuch. Aber in meiner Überzeugung wurde ich deshalb kein anderer. Ich hielt das übertriebene Vorgehen des Volksbundes nie für richtig, das weißt Du. Und auch in der Stadt hatte ich unter den zur ungarischen Gesellschaft gehörenden Männern und tonangebenden Persönlichkeiten gute Freunde und Gönner. Ich kann nicht glauben, dass mich diese Herren je verurteilt hätten wegen einer unerlaubten Gesinnung meinem Vaterlande gegenüber. Ich kann wohl ruhigen Gewissens sagen, dass ich mir in dieser Hinsicht nichts zu Schulden habe kommen lassen... Wenn die Herren, denen ich geschrieben habe (Anm.: Er nennt die Namen), nichts für mich tun können oder wollen, so ist jeder Versuch aussichtslos... Mein Gott, ich hatte immer nur eines vor Augen: Ein glückliches und großes Ungarland. Ich war... auch all meinen ungarischen Brüdern, mit denen ich im Lande lebte, in Liebe zugetan. Und nun muss ich für die Fehler anderer leiden... Obwohl ich nicht weiß, was ihr mit mir anfangen solltet. Denn ich habe ja nichts mehr. Keine Wohnung und keine Pension. Aber ich meine, es würde sich schon irgendein Ausweg finden lassen, wenn ich nur zu Hause, bei euch wäre... die Leute bedauern mich ja hier, aber helfen können sie mir auch nicht...“.

Flüchtlingsschicksal kommt auch in einem Brief seines Sohns Hans vom 14. Jänner 1946 sehr deutlich zum Ausdruck, wo dieser von der Weiterreise von Bayern in die Gegend um Celle berichtet: „Ich habe Kisten machen lassen und in denen verpacken wir alles... Wir

nehmen unser Brennholz auch mit, 4 Rm (Anm.: Raummeter), und auch die Kartoffeln, 500kg. Vom Letzteren wollen wir unserem Hamburger etwas abgeben, denn die haben keine und sind dem Hunger nahe. Die Bäuerin hat uns mit etwas Lebensmittel versorgt, bekamen von ihr unsere 20l Schmalzdose voll Sauerkraut... Einen kleinen Ofen für den Waggon haben wir auch gekauft, so werden wir nicht frieren und können uns warmes Essen kochen...“.

Als Neubauer in Oberschützen lebt, hat er über Jahre hinweg bei der Sparkasse Celle ein Sparkonto für seinen Sohn Hans eingerichtet. Die diesbezügliche Korrespondenz liegt auf. Am 10. August 1960 schrieb dieser nach dem Erhalt des Geldes: „Es war unbeschreiblich, sogar die Angestellten der Sparkasse strahlten vor Freude. Wie hast du das nur fertiggebracht, so eisern Jahr für Jahr zu sparen...“.

Der Aufenthalt Neubauers in Salzburg ist von der immer drohenden Abschiebung nach Deutschland überschattet, daher stellt das Presbyterium ein Ansuchen an die Polizeidirektion (6. Oktober 1946) und an die 42. Infanterie-Division (8. Mai 1946), um eine Daueraufenthaltsbewilligung zu erlangen.

„Früher oder später muss mit seinem Abtransport ins Reich gerechnet werden. Wir können sein Ansuchen um eine Zuzugsgenehmigung, beziehungsweise um eine Gewährung derselben nur wärmstens befürworten.“ Dabei wird ausführlich darauf eingegangen, wie wichtig er als Religionslehrer ist, welche wertvollen Dienste er leistet und dass er unentbehrlich sei. Am 6. Oktober 1946 wird er zum hauptamtlichen Religionslehrer an Volks- und Hauptschulen in der Stadt Salzburg bestellt. Der amtierende Pfarrer Kruse bescheinigt mit demselben Datum, dass Neubauers politische Einstellung, „wie wir uns überzeugen konnten, völlig einwandfrei“ sei, „sodass ihm unsere Jugend ruhig anvertraut werden kann... und wir können ihn, so er uns verlassen sollte, jeder evangelischen Pfarrgemeinde nur bestens empfehlen...“

Parallel dazu laufen Neubauers Bemühungen um eine Rückkehr nach Ödenburg und zur Familie und daher wohl auch sein Engagement im Flüchtlingsverband, dem „Hilfskomitee der Heimatlosen“.

IV. Rückkehr nach Oberschützen. Kirchliche Dokumente

Neubauer kommt im September 1947 von Salzburg aus nach Oberschützen, hat aber offenbar vorher schon Kontakt mit dem Pfarramt geknüpft, denn ein offizielles Schreiben Pfarrer Pohls (Anm.: evangelischer Ortspfarrer von Oberschützen) geht am 10. September 1947 an ihn nach Salzburg. Sowohl das Original mit der Unterschrift Pohls als auch eine Abschrift finden sich im Nachlass. Der Brief sei hier im Wortlaut wiedergegeben:

„Sehr geehrter Herr Direktor!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 8. d. (sic) und teilen Ihnen mit, dass wir beschlossen haben, Ihre wertvolle Kraft beim Neuaufbau der Evangelischen Werke zu Oberschützen einzusetzen. Wir haben Ihnen die Studienleitung in den beiden Abteilungen unseres neuen Heimes für Mittelschüler zugedacht und gleichzeitig möchten wir Sie als Verbindungsmann zu den Auswanderergruppen und Burgenländischen Landsmannschaften in Übersee einschalten. Auch Ihre berühmte heanzische (sic) Forschertätigkeit werden Sie für kulturelle Veranstaltungen hier wieder voll aufnehmen können.

Wir bitten Sie, bald Ihr neues Amt anzutreten. Ihre Dienstwohnung steht bereit, Sie zu empfangen. Wir hoffen, dass Sie mit großer Freude in die Wiederaufbauarbeit Ihrer Heimat eintreten und freuen uns unsererseits, Sie als Mitarbeiter begrüßen zu dürfen.

Mit evangelischem Gruss

Ihr Pohl, Pfr.“ (Unterschrift)

Dazu kommt es nicht. Es finden sich keine diesbezüglichen schriftlichen Aufzeichnungen.

Die anderen Urkunden, die sich auf eine Anstellung als Religionslehrer in Oberschützen beziehen, zeigen folgende Chronologie:

12. Dezember 1949, Evangelischer Oberkirchenrat A.u.H.B., Zahl 8082/49 - Urkunde über die Kirchliche Anstellungsfähigkeit als aushilfsweiser Religionslehrer an Volk- und Hauptschulen:

„...Der Evangelische Oberkirchenrat A.u.H.B. erwartet, dass Sie den Ihnen anvertrauten Dienst im Sinne des von Ihnen unterfertigten Reverses ausüben werden.“

19. Juni 1950, Evang. Superintendentur, Diözese Burgenland, Nickelsdorf, Zahl 669/50:

Superintendent Gustav Dörnhöfer weist Neubauer auf den Erlass des Oberkirchenrates hin, dass alle Pfarrer und Religionslehrer, die aus dem Ausland kommen, sich einem Ausländer-Colloquium unterziehen müssen. Entscheidender Punkt darin: Ob der Prüfling über eine ausreichende Kenntnis der österreichischen Kirchengeschichte sowie der österreichischen Kirchenkunde und Kirchenverfassung verfügt. Bis Ende Juli 1950 habe Neubauer dafür anzusuchen. Die Prüfung selbst „findet am 21. August 1950 im Pfarramt zu Pinkafeld statt. An Prüfungstaxen werden am Tag der Prüfung 30 Schilling zu erlegen sein... Dem Gesuch sind eine kurzer Lebenslauf und eine Dienstzeugnis des zuständigen Pfarramtes beizulegen.“

Bescheinigung vom 24. Juli 1950, Evangelisches Pfarramt A.B. Salzburg, über Neubauers Tätigkeit in Salzburg:

Dieser „habe gute Unterrichtserfolge erzielt... Herr Neubauer hat hier nur gegen einen geringfügigen Anerkennungsbeitrag gewirkt und die Gemeinde ist ihm für seine selbstlose Tätigkeit zu Dank verpflichtet.“

Prüfungszeugnis über das Ausländer-Kolloquium vom 21. August 1950, Evang. Superintendentur A.B., Zahl 912/50:

„Johann Neubauer hat...sehr gut bestanden.“

Für die Prüfungskommission der Superintendentur: Gustav Dörnhöfer, Vorsitzender.
P. Nitschinger, Prüfer. Leopold Pohl, Beisitzer.

Anzumerken ist dazu, dass Neubauer zu diesem Zeitpunkt bereits 70 Jahre alt war und nach seiner Religionslehrerprüfung im Jahre 1900 an der Lehrerbildungsanstalt Oberschützen 40 Jahre lang bis zu seiner Pensionierung in Ungarn und später in Salzburg Religion unterrichtet hatte. Wie muss es ihm ergangen sein, mit 70 Jahren noch einmal diese Kenntnisse für seinen nach wie vor nötigen Broterwerb nachweisen zu müssen?

Die Jahre in Oberschützen sind geprägt von der Sorge um sein Werk – Radiosendungen, Lesungen, Verfassen neuer Texte zu verschiedenen Anlässen. Die Gedichte für eine zweite, erweiterte Auflage der „Hienzschen Bliamal“ entstehen ebenso in den Jahren bis 1958. Aber immer wieder bekommt er auch diesbezügliche Absagen: Josef Scharnagel, der Bundesstaatliche Volksbildungsreferent für das Burgenland, schreibt ihm am 9. Oktober 1951, dass eine zweite Auflage der „Bliamal“ derzeit unmöglich sei, und bezüglich des „Wortschatzes“ schlägt er vor, Neubauer solle mit Professor Kranzmayer (Anm.: Germanist an der Universität Wien) zwecks Prüfung in Verbindung treten. Positiv vermerkt er, Neubauer möge Sendungen mit landschaftlichen Schilderungen über das Südburgenland für die RAVAG schreiben.

Scharnagel am 14. Juli 1952, nachdem ihm Neubauer zur Verleihung des Titels „Regierungsrat“ gratuliert hatte: „Menschen Ihrer Art haben heutzutage Seltenheitswert“, sie gäben Ansporn und Auftrieb.

Regierungsrat Adalbert Riedl, der Leiter des Volksbildungswerkes für das Burgenland am 18. Juni 1951 an Neubauer : „Lieber Herr Kollege! Ich war überzeugt, dass Sie sich in Deutschland aufhalten. Nun musste ich erfahren, dass Sie in Oberschützen leben und dass es Ihnen nicht gut geht...“.

Karl Magnus Klier, der Leiter des Österreichischen Volksliedwerkes in Wien, schreibt am 19. Juni 1951, dass Neubauers Gedicht „Der Auswärts“ (sic, bei Neubauer: „Ausweats, d.i. „Frühling“) in einer Liedreihe mit einer Volksmelodie herausgegeben wurde (er legt eine Kopie bei) und in einer weiteren Gesamtausgabe von 40 Liedern auch biographische Angaben zu den Autoren sowie Erklärungen gemacht würden. Die Bekanntschaft mit Klier geht schon auf das Jahr 1942 zurück, als ihn Klier in Ödenburg besuchte und ein Exemplar der „Hienzischen Bliamal“ erhielt.

Weniger erfolgreich ist Neubauer mit einem Hörspiel, das er am 9. Oktober 1952 bei Scharnagel mit dem Titel „Irret euch nicht, Gott lässt sich nicht spotten“ einreicht und dessen Manuskript ihm mit einem ablehnenden Brief retourniert wird. Scharnagel teilt ihm die Prüfung des Textes durch den Arbeitsausschuss mit, der wohl das Motiv des Stückes, die gedankenlose Entwürdigung des Sonntages, gutheißt, nicht aber die Ausführung. „Nach der Meinung der Mitglieder des Arbeitsausschusses entbehre das Stück eines dramatischen Gehaltes, welcher Mangel sich schon äußerlich im Aufbau der Handlung zeige. Die Konflikte werden von den handelnden Personen nicht erlebt, sondern es werde von ihnen nur darüber gesprochen. Die Personen selbst seien zu einfach gezeichnet, ihr Reden und Handeln lasse vielfach eine psychologische Motivierung vermissen. Die Lösung des Konfliktes erfolge abrupt und etwas zu aufdringlich...“. Soweit diese vernichtende Kritik, die man beim Lesen auch heute bejahen muss!

Neubauer hatte großes Interesse, bei Lesungen aufzutreten. In einem Brief vom 26. März 1952 hat Ludwig Toth aus Pinkafeld um eine Lesung angefragt und schreibt ihm am 19. April (auf einem Blatt Papier der Canadian Red Cross Society):

„Verehrter Herr Direktor! In aller Eile!

Wir erwarten Sie am Montag! Ich habe noch Lehrkräfte unserer Schule und Samariter und Rotkreuzschwestern für die Dichterlesung eingeladen.

Mit den herzlichsten Grüßen und auf ein schönes Wiedersehen,

Ihr ergebener Ludwig Toth“

Neubauer hat auch Originalausgaben der Oberwarter Zeitung aufbewahrt, in der er immer wieder Gedichte publizierte. In der Ausgabe vom 2. November 1952 findet sich ein Bericht über einen Vortrag, den Neubauer am 23. Oktober 1952 im Bundeskonvikt in Oberschützen gehalten hatte, und in der Ausgabe vom 14. Dezember 1952 über eine Dichterlesung, die am 3. Dezember ebenfalls in Oberschützen stattgefunden hatte. Neubauer habe „einen zu Herzen gehenden Vortrag über die Heimat, den Wert der Heimat und das Glück, das der einzelne aus den Heimatkräften immerwährend schöpft“, gehalten. Anschließend trug der Dichter Werke in heanzischer Mundart vor. Bei der Dichterlesung, veranstaltet vom Volksbildungswerk, sprach Prof. Ludwig Szeberenyi als Referent einleitende Worte über die „sprachliche Vergangenheit des Heanzenlandes“ und stellte den Dichter vor, der eine Auswahl von Gedichten vortrug, die als Band II der „Hienzischen Bliamal“ „demnächst“ erscheinen sollte. Insgesamt war auch diese Lesung, umrahmt vom Männergesangsverein Oberschützen, ein großer Erfolg.

Als dann erst im Jahre 1958 tatsächlich die zweite Auflage herauskam, wurde Neubauer offenbar nicht müde, wichtigen Leuten ein Exemplar zu schicken, denn einige Briefe weisen darauf hin:

Landeshauptmann Wagner, der am 19. Mai 1959 für das Büchlein dankt, äußert sich anerkennend, dass der Umfang gegenüber der 1. Auflage zugenommen habe.

Der Bezirkshauptmann von Oberwart schreibt am 11. Mai 1959, dass ihm diese „Gedichte, die das Edle und Schöne des Heimatlichen in besonderer Heimatverbundenheit aufzeigen“ ihm stets eine willkommene Lektüre sein werden.

Bezirksschulinspektor Ernst Tölly spricht in einem Brief von 16. Mai 1959 von einem „Ehrenexemplar“, versehen mit einer persönlichen Widmung, und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die 250 Lehrer im Schulbezirk Oberwart sich auch den Gedichtband anschaffen werden.

Der Obmann der Burgenländischen Landsmannschaft in Graz namens Schatz bedauert, dass es ihm beim Martinifest nicht möglich war, für das Buch zu werben (offenbar hat Neubauer darum gebeten). Zugleich teilt er ihm mit, dass sie in ihrem Rundschreiben das Buch empfohlen haben, und laden ihn zu einer Lesung beim Heimatabend am 23. April 1960 ein.

Neubauer hat in Berichten oder auch in gereimten Erzählungen immer sehr ausladend geschrieben, was nicht immer akzeptiert wurde. Ein von ihm verfasster Bericht über die Enthüllung des Wimmer-Denkmals (Gottlieb August Wimmer, Gründer der Evangelischen Schulanstalten) und die Schulweihe 1958 in Oberschützen wird vom Volksbildungswerk zurückgewiesen: „Es ist gänzlich unmöglich, einen Bericht... zu veröffentlichen, der sechs Seiten umfasst.“ Neubauer hatte sich beschwert, dass sein Text gekürzt worden war. „Die Feier war sicherlich einmalig. Daher wurde sie auf der zweiten Seite placiert (sic). Diese Seiten stehen sonst nur für Veröffentlichungen heimatkundlicher Aufsätze zur Verfügung.“

V. Zu weiteren Werken aus dem Nachlass

Neubauer hat offenbar zu allen wichtigen Ereignissen in der Umgebung Oberschützens und im Ort selbst gereimte Texte sowohl in Mundart wie auch in Hochsprache geschrieben:

Zur Schuleinweihung in Stuben am 26. Juni 1954 (in Mundart) genauso wie einen seitenlangen Prolog zur Martinifeier am 7. November 1953 in Bad-Tatzmannsdorf, wo er eine „Würdigung des Festes in hienzischer Mundart“ vornimmt.

Kurz vor der Wiedereröffnung der Evangelischen Schule und der Errichtung des Denkmals für den Gründer verfasst er eine gereimte Abhandlung: „Eine Musterschule. Wie sie entstand und verschwand“ und widmete sie dem Gedenken Wimmers.

1948 ist bereits ein Werk für Oberschützen entstanden: „Das erste Erntedankfest der Gemeinde Oberschützen in der Nachkriegszeit am 3. Oktober 1948. In hienzischer Mundart verfasst und zusammengestellt von Johann Neubauer.“

Darin bilden elf Wagen den Festzug, Neubauer beschreibt sie, nennt Personen, die beteiligt sind, hebt besonders Reinhold Polster hervor, der offenbar die Organisation innehatte und den Landesrat Johann Bauer sowie den Abgeordneten Johann Grabenhofer begrüßen konnte.

Am Schluss bittet Neubauer seine Landsleute, ihm eine Freude zu machen und diese Schrift fleißig zu lesen, die er für sie und für „mei Huamat, dea trei i bi bliem“, verfasst hat.

Was heißt das Letzte? Neubauer war seit 1900 fern der Heimat Oberschützen, 1947 erst kommt er wegen der politischen Situation von Salzburg wieder zurück in seinen Geburtsort, als feststand, dass er nicht mehr in seine „Heimat Ödenburg“ zurückkehren konnte. Verwischt er Dichtung und Wahrheit?

Eine Parallelstelle findet sich in der zweiten Auflage der „Hienzischen Bliamal“, 1958, im Gedicht „Mei(n) Burgenland“, wo es in Bezug auf das Burgenland heißt: „Dia gheat mei(n) gaunzes Le(i)m.“

Ist das oberflächlich? Ist es unehrlich? Neubauer hat in den „Hienzischen Bliamal“ von 1958 nirgendwo seine persönliche Situation reflektiert. Nirgendwo hat er dichterisch das Flüchtlingsschicksal einer ganzen Generation thematisiert. Dagegen bezeichnet er das Burgen-

land, seine „Huamat“, als schönes „Bliamal-Land“. Ist das ein Verdrängungsprozess, den er für sich perfektioniert hatte? Ist es eine Erwartungshaltung anderer, die er befriedigen wollte? Fällt es unter das Kapitel der Tabuisierung der Kriegsergebnisse? Hat er keine Ahnung gehabt, was andere Mundartdichter zur gleichen Zeit geschrieben haben? Mida Huber, Josef Berghofer z.B. schlagen bereits ganz andere Töne an. Sosehr sich die beiden Ausgaben von 1923 und 1958 unterscheiden¹², in der Abkehr von der Wirklichkeit sind sie beide gleich. Josef Reichl hat bereits 1921 zum Verbleib Ödenburgs bei Ungarn ein aufwühlendes Gedicht geschrieben, hat sich also auch poetisch auf konkrete politische Gegebenheiten bezogen. Für Neubauer blieben es ausschließlich liebliche Themen.

Die zweite Auflage von 1958 enthält 143 Gedichte gegenüber 36 in der ersten Auflage und hat eine kapitelmäßige Gliederung. Viele Gedichte aus 1923 sind umgeformt, aber dichterisch in der Regel nicht besser geworden.

Nachwort:

Ein Menschenleben in einer spannungsreichen Epoche aus persönlichen Quellen darstellen zu können, ist nur möglich, wenn der Zufall mithilft und eine derartige Fülle an Briefen und Aufzeichnungen erhalten bleibt. Das erste Mal wird nun eine Abhandlung über Johann Neubauer, die längst nicht alles Vorhandene erschlossen hat, vorgelegt. Auch auf die Zusammenhänge, soweit sie noch nachvollziehbar sind, kann nicht im Detail eingegangen werden. In den letzten zwei Jahrzehnten ist es Neubauer vor allem darum gegangen, als Mundartdichter wahrgenommen zu werden. Klara Köttner-Benigni und Margit Pflagner, zwei Kulturpublizistinnen und Schriftstellerinnen des Burgenlandes, haben mit und über Neubauer für den Rundfunk Beiträge gestaltet, deren Echo ebenfalls in einigen Briefen ablesbar ist.

Abgesehen von einigen Hinweisen und Bemerkungen wurde von der Verfasserin keine Beurteilung in textkritischer Hinsicht vorgenommen, da das den Rahmen dieses Artikels sprengen würde.

Anmerkungen und Quellenangaben:

- 1) Die Dokumente aus dem Nachlass liegen aufgeteilt auf mehrere Schachteln vor, sind aber nicht nach archivalischen Gesichtspunkten geordnet. Daher erfolgt im Text keine weitere Zuordnung. Briefe werden - soweit möglich - mit ihrer Datierung und dem Adressaten angegeben.
- 2) Aus einem Manuskript samt Interview mit Neubauer über die „Hienzischen Bliamal“ von Margit Pflagner
- 3) Peter Wassertheurer hat in seiner Dissertation bei Univ.-Prof. Stefan Karner über die Problematik der Vertriebenen gearbeitet. Aus einem Manuskript, das er der Verfasserin übermittelt hat, stammen diese Ausführungen.
- 4) Wassertheurer zitiert aus: „Neue Heimat in Österreich“, 20.Jg., Wien 1970. S.17.
- 5) Wassertheurer, a.a.O.
- 6) Johann Neubauer: „Geschichte des Ödenburger Wirtschaftsbürgermännergesangsvereines“, 1887 - 1927.
- 7) ebda.
- 8) aus dem Nachlass
- 9) Manuskript des „Hilfskomitee der Heimatlosen Deutschsprachigen aus Ungarn, Nr. 1, Wien 1946

10) Andras Krisch: „Vertreibung der deutschen Einwohner von Ödenburg“, 1946. In: „Aus der Pforte“. Hrsg. Erwin Kurz. 2.Jg. 2005, Ausgabe 3, S.16.

11) In der Ausgabe 1 der „Pforte“ (a.a.O.), 3Jg., 2006, wurde ein Artikel über die Vertreibung aus A-gendorf, die Neubauer in einem Brief an Pfarrer Bisanz erwähnt, veröffentlicht.

12) Das ergab ein Vergleich der Verfasserin nach einem Hinweis von Dr. Franz Forster .



Grab von Johann Neubauer und seiner Frau Amalia
auf dem Friedhof in Oberschützen



Auf der beigefügten Platte findet sich das Eingangsgedicht Neubauers aus dem Band „Hienzische Bliamal“ zum Themenkreis „Gout und die Huamat“:

‘s gib na ua Huamat
‘s gib na uan Gout:
Glickli dea Mensch,
dea olli zwoa hout.

Aus Johann Neubauers Gedichtband „Hienzische Bliamal“

Prof. Wilhelm Neubauer hat beim Gedenkabend zum 125. Geburtstag von Johann Neubauer im Haus der Volkskultur am 28. Oktober 2005 eine von ihm erstellte Auswahl der Gedichte Johann Neubauers vorgetragen usw. aus den Themenbereichen Heimat, Ratschläge-Lebensweisheiten, Bauernjahr und Humor.

A. Heimat

A Burgnlända bi(n) ih

A Burgnlända bi(n) ih,
ih kaonn nix aonders sei(n).
Wou ih af d´ Wölt bi(n) ke(ilmma,
durt is die Huamat mei(n).
Durt zuig´s mih hi(n) woarhofti
in jeda Stund am To(g),
und waonn ih nur hi(n)deinka tui,
bi(n) ih van Herzn froh.

Waonn ih van Berg ins Tol oi schau,
wou ´s Bachal rinna tuit,
dou nimm ih vull Glicksöligkeit
mit oll zwoa Händ mein Huit
und moch an Julza, laut und froh,
und daonk an liabn Gout,
dass er die sche(i)nsti Huamat mia
af dera Wölt ge(i)bn hout.

Vagiß nit dei(n) Muidasproch!

Vagiß nit dei(n) Muidasproch!
Du vergißt sist af Gout
und ah af dei(n) Muida,
de(i) beibrocht dia s´ hout!

Wal Gout und die Muida
hom dir nit na ´s Le(i)bn,
ah d´ Sproch, daß du re(i)dn
kau(n)st,
de(i) hom sie dia ge(i)bn.

´s Huamweh

Wann ´s Bliamal vase(i)tzt wird
in wüldfremdi Ead
dazui af an Plotz nouh,
wou ´s gaor nit hi(n)gheart,

dou loußts ´s Köpfal hänga,
ma gsiaht, es is kraunk,
der ´s au(n)schaut, muiß gleih
sog(n),
es le(i)bt nit mea laung.

Dou hülft mehr kua(n) Re(i)g(n) nit,
und a kua(n) Sunnschei(n).
Ma kaonn mit´n Bliamal
nouh sou guit umgeih(n),

es trauat stüll weita,
schaut nit mehr in d´ Heh,
und waonn ma´s nur ao(n)schaut,
tuit´s Hearz uan grod weh.

Es is, ols oub ´s Bliamal
gaonz trauri(g) mecht sog(n):
Leit, tuits mi, i bitt schei(n),
af mei(n) oltn Plotz trog(n)!

Ih kaonn jo nit le(i)bn, Leit,
in wüldfremda Ead,
muiß laongsaom vake(i)mma,
waonn niamp mi daheat.

Ah i denk aon ua(n)s nur,
wou i geh und steh:
Nur d´ Huamat nit aufge(i)m,
sist stirbst am – Huamweh.

B. Ratschläge - Lebensweisheiten

Glick und Unglick

Im Glick hout ma Fuacht,
es kunnt leicht wos gscheg(n).
Van Glick Obschied ne(i)mma,
dos tuit ma nit gen.

Im Unglick dageg(n),
dou houfft ma im stülln:
es wiad be(i)ssa wen
mit Gouttes Wülln.

Sou woäß ma holt nia
in dem Foll gaunz gwiß,
oub Glick oda Unglick
das Be(i)ssari is.

Da glicklich Mensch

Da Kraunki im Jaumma
den uan Wunsch na hout:
Na gsund wieda wen!
Dos bitt a va Gout.

Dageg(n) winscht da Gsundi
im Le(i)m sie sou vül,
dass ea ouft scha sölwa
nit woäß, wos a wüll.

Ea find't a kua(n) Ruih nit,
vagißt a af Gout.
Glickli da Kraunki,
dea u a n Wunsch na hout.

's guiti Rezept

I ho a Rezept,
de(i)s holt i guit ei(n),
's mocht ma mei(n) Le(i)m deis
recht glickli und schei(n).

Mit da Sunn steh i auf,
mit an Liad schlouf i ei(n),
ho i d'Sunn, ho i's Liad,
g'heat die gaunzi Wölt mei(n).

Wal d'Sunn und das Liad,
de(i) zwoa sei(n) mei(n) Le(i)m,
's kau(n) a niks Sche(i)nras
af dera Wölt ge(i)m.

De(i)s guiti Rezept
va da Sunn und van Liad
is die be(i)sti Arznei
fia Heaz und fia Gmiat.

Drum – Heargout im Himmel –
I bitt di recht schei(n):
Louß d' Sunn und das Liad
mei(n) größti Freid sei(n)!

Au(n)faung und E(i)nd

„In Goutsnaum!“ sog ma,
waonn ma d'Oawat ao(n)faung,
und is d'Oawat g'mocht,
sogn d'Leut: „Gout sei Daunk!“

Und de(i)stweign holt Goutt ah
über üns seini Händ,
wal ea ins bei olln is
da Au(n)faung und 's E(i)nd.

's Le(i)bnszül

Da Fleiß bringt Se(i)gn,
da Glaubm gib Kroft,
und d'Ealichkeit
an Wuhlstaund schofft.

Wer de(i) drei nimmp
zan Le(i)bnszül,
dem kaunn nix g'schehg(n),
kimm, wos dou wüll.

C. Bauernjahr

Da Baua

D' Oarwat im Summer
schützt d' Menschn voa Not,
mit ia schofft da Baua
as tägliche Brot.

Und sou is der Summa
ins olln liab und wert.
Er tuit ins ah olln sog(n):
Da Baua g' hört g'ehrt.

A richtiga Baua

A richtiga Baua,
dea sei(n) Viah gen hout,
dea schaut a guit drauf
va da Fria bis nochts spout.

Na dea, wos kua(n) Hea(r)z hout,
behandlts sou schlecht,
daß ma'n glei sölwa
voa'n Pflui spaunna mecht.

Da Ausweat

Da Ausweat is ke(i)mma
und weg is da Schnee.
Es streckt a scha 's Veigal
sei(n) Köpfal in d'Heh.

Die Polmkatzl bliehn scha
und d'Hoslnuß ne(i)m,
die Bei(n)l fluign fleißi,
und olls tuit aufle(i)m.

Drum: Auf olli Fensta!
D' Sunn mua(n)ts scha guit!
Es is grod a Freid z'schau(n),
wia d' Sunn Wunda tuit.

Und du, liawa Baua,
greif freidi(g) zan Pflui!
Dei(n) Zeit kimm hiaz wieda,
faung au(n) und greif zui!

Greif zui, wal dei(n) Oawat
bewoah(r)t ins voa Not!
Im Ausweat scha sichast
du 's tägliche Brot.

Die Maizeit

Die Maizeit is die sche(i)nsti Zeit,
es kau(n) niks Sche(i)nras ge(i)m,
wal iwaroll, wouhi(n) ma schaut,
dou zoag si a neichs Le(i)m.

Dos is a Zeit, wou Gout da Hea(rr)
dos große Wunda schofft,
daß ea, wos tot woa, nei bele(i)b
mit seina Schöpfakroft.

Ea gib nou'n Winta da Natua
a wundaschei(n)s neichs Gwaund,
und iwaroll, af Schriet und Triet
gschpiat ma sei(n) liawi Haund.

Wia Buschan steih(n) die Bama dou,
d' Wölt gleicht an Paradies,
da Mai, dea zoag fia olli Zeit,
wia schei(n) 's af Ea@dn is.

Und d' Ve(i)gal singa iwaroll
sou schei(n); se(i) preisn Gout,
dea olls sou wundaboa und liab
im sche(i)nan Mai gmocht hout.

Sou zoag da Mai, wia Gout mit Liab
dem Menschn Guits wüll tua(n)
und wia da Mensch, ouft undaunkbaa,
a Hea(r)z hout wia a Stua(n).

Da Hiarist-Se(i)g(n)

Im Hiarist, wann Kölla
und Be(i)n (Dachböden) au(n)gfüllt
sei(n),
dou is oft fia'n Baua
d' Wölt nauml sou schei(n).

Wanns Häusal a klua(n) is,
schei(n) z'friedn is ea
und wüll z'friedn a bleim,
valaung si nit mea.

Und sou is fia'n Baua
und oll seini Leit
da Hiarist a reichi
und glickliche Zeit.

D. Humorvolles

G'fahlt is 's!

Ach, liawa Hea Doukta,
i bitt lahna schei(n),
sei(n)s, bitt schei(n), sou guit
und tua(n)s ma beischteih(n)!

Ge(i)ms ma am Hintatal
a Injektiau(n),
daßß i nit vül gschpian tui,
wann mi wea tuit hau(n)!

Wea sull, sog da Doukta,
die schlog(n), dumma Bui!
Sei du na schei(n) fulgsaum,
oft houst a dei(n) Ruih!

Jo, moag(n) wen, Hea Doukta,
Die Zeignis' austalt,
Dou is's ba mia, fiacht i,
hintuma holt gfahlt.

Da Sepp in da Kiara

Da Sepp hout die Gwau(n)heit,
das ea olli To(g)
in d' Friaahme(i)ss tuit geih(n),
wos nit jeda mo(g).

Dou sog da Hea Pfoara:
Heast, Sepp, dos schei(n),
daß du in die Kiara
sou fleißi tuist geih(n).

Na mecht i holt wissen,
awe(i) du de(i)s tuist,
awe(i) du sou fleißi
Kiara geih(n) muißt.

Drauf sog da Sepp: Wissn S',
i tui Kiara geih(n),
dass Se(i) holt, Hea Pfoara,
allua(n) duat nit sei(n).

A sche(i)nna Trost

Es re(i)gnt holt scha die lä(i)ngsti Zeit,
d' Summafrischla sei(n) vadroussn,
se(i) sitzn in da Bauanstum
recht trauri und valoussn.

Und 's heat nit auf. Va To(g) za To(g)
wiads mit 'n We(i)da schlimma.
Dou froug amul den Michl wea:
Jo, re(i)gnts da ba eng imma?

Da Michl sog bedächti drauf:
Na – na! Se(i) kinna scha nau(n) bleim!
Wa ollwal re(i)gnts jo nit ba ins,
im Winta, dou tuits – schneim.

E. Schlusswort:

Es sulln meini „Bliamal“
eng sog(n) mitanaund:
Vage(i)ßt's nit af Gout
und - af's Huamatlaund

Gerlinde Bauer

Sonderausstellung – „Aus der Sagenwelt des südlichen Burgenlandes“

OStR. Prof. Mag. Liane Presich-Petueli selbst äußerte eines Tages den Wunsch, einmal in Oberschützen, wo sie einige Jahre am Gymnasium unterrichtet hatte, ihre Werke auszustellen. Entsprechend unserem Konzept für Sonderausstellungen entstand daraus im Schuljahr 2005/06 ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Oberschützen. Als Ausgangspunkt wurde das von Wolfgang Meyer verfasste und mit Scherenschnitten von Liane Presich-Petueli illustrierte Buch „Burgenland im Bild der Sage“ gewählt. Die Schülerinnen und Schüler der 1. und 2. Klassen verfassten im Deutschunterricht eigene Sagen bzw. ließen sich alte Sagen erzählen, um diese schriftlich festzuhalten. Einige Schülerinnen und Schüler der 3. Klasse fertigten unter der Leitung von Gottfried Reszner Scherenschnitte zu verschiedenen Sagen aus dem südlichen Burgenland an. Dieses Projekt wird im Schuljahr 2006/07 fortgesetzt.

Liane Presich-Petueli



Liane Presich-Petueli lebt in ihrer Geburtsstadt Eisenstadt und in Wien. Neben ihrem Studium an der Musikakademie in Wien absolvierte sie ein Lehramtsstudium in Geschichte und unterrichtete bis zu ihrer Pensionierung in Gymnasien in Oberschützen, Wien und Eisenstadt.

Für ihre künstlerische Tätigkeit auf musikalischen, literarischen und grafischen Gebieten erhielt sie mehrfach Preise und Landesauszeichnungen.

Im Besonderen widmet sie sich dem Scherenschnitt und erweiterte dessen traditionellen Schwarz-Weiß-Stil durch Verwendung farbigen Materials, Collagentechniken und Einbeziehen materialfremder Bildteile, wie z. B. compugrafischer Blätter von Raimo Gareis oder filterfotografischer Elemente des Fotokünstlers Paul Pieber.

Ihr Gesamtwerk umfasst über 1000 Schnitte, zahlreiche Illustrationszyklen und Bucheditionen. Diese Arbeiten sind geprägt von ihrer musikalischen und literarischen Tätigkeit. Neben den im Juni 2006 in Oberschützen ausgestellten Illustrationen aus dem Buch „Burgenland im Bild der Sage“ (1986) fanden Scherenschnittzyklen zu den Oratorien „Die Schöpfung“ und „Die Jahreszeiten“ (Haydn-Jahr 1992) sowie Zyklen nach Hesse, Rilke, Morgenstern u. a. besondere Beachtung. Liane Presich-Petueli präsentierte ihre Arbeiten in zahlreichen Einzelausstellungen im In- und Ausland (D, F).



Mag. Gerlinde Bauer, OStR. Prof. Liane Presich-Petueli und OStR. Prof. Gerhard Nußbaumer, der einführende Worte sprach, bei der Eröffnung der Sonderausstellung „Aus der Sagenwelt des südlichen Burgenlandes“ am 1. Juni 2006

Sagen aus dem südlichen Burgenland

Eine Auswahl der Schülertexte

Die Farnsammler und der Teufel

(Eine Sage aus Goberling)

Philipp Wurm, 1a

In der Thomasnacht (29. Dezember) ereignen sich allerlei Wunder. Der Samen des Farnkrauts, das in der Nacht im Wald blüht, ist heilsam und hat die wunderbare Eigenschaft, drei oder fünf Personen unsichtbar zu machen, wenn sie den Farnsamen in einem Kirchenkelch auffangen. Er verleiht dem Besitzer auch die Kraft, verborgene Schätze zu sehen.

Diese Wunderkraft des Farnsamens war vor vielen Jahren dem Mesner von Goberling bekannt, und er versuchte mit zwei anderen Männern in der Thomasnacht sein Glück zu machen. Der bucklige Dorfwirt, der Erfahrung mit Zauberei hatte, sagte ihnen, wie sie den Farnsamen einsammeln müssten. Er selber konnte nicht mitgehen, da er als Vierter überzählig war.

So schlichen die drei Männer mit einem Kirchenkelch, den der Mesner heimlich mitgenommen hatte, vor Mitternacht in den Wald. Mit geweihter Kreide zogen sie um das Farnkraut einen Zauberkreis und stellten sich in dessen Mitte. Dann warteten sie auf das Wunder, das geschehen sollte.

Erstaunt bemerkten sie um Mitternacht, wie der Farn zu blühen anfang. Als aber die Blüten abfielen und der Samen zu reifen begann, donnerte es gewaltig, die Erde bebte, und gespenstische Gestalten umringten den Zauberkreis und versetzten die drei Goberlinger in Angst und Schrecken.

Endlich fiel der Samen in den Kelch, den sie darunter hielten, die Elemente beruhigten sich und die Schatten verschwanden.

Die drei Männer waren froh und verließen den unheimlichen Ort und traten den Rückweg an. Der Mesner, der den Kelch trug, konnte den beiden anderen nicht genug von den Schätzen erzählen, die er vor sich habe, sodass die zwei die verborgenen Herrlichkeiten auch sehen wollten. So trugen sie abwechselnd den Kelch und erlebten dabei ihre Wunder.

Da kam ihnen plötzlich der bucklige Wirt entgegen und wollte wissen, wie ihr Abenteuer ausgegangen war. Als er hörte, dass sie den Farnsamen gefunden und auch Schätze gesehen hätten, wollte er den Samen sehen. Aber die anderen wollten den Deckel nicht von dem Kelch heben, weil sie Angst hatten, dass der Wind den Samen wegwehen könnte.

Nun wurde der Wirt zornig und drohte ihnen, die ganze Sache dem Pfarrer zu verraten. So blieb ihnen nichts übrig, als den Deckel zu lüften. Der Bucklige blickte hinein und blies zu ihrem Schrecken auf einmal den Samen aus dem Kelch. Dann war er mit höhnischem Gelächter verschwunden.

Jetzt erkannten die Farnsucher bestürzt, dass es der Teufel selbst gewesen war, der ihnen in Gestalt des buckligen Wirts begegnet war und sie überlistet hatte.

Mit langen Gesichtern, aber doch heilfroh, dass ihnen nichts Ärgeres zugestoßen war, tröteten die drei Männer ihrem Dorf zu.

Der Kindertauscher

(Eine Sage aus Oberdorf)
Patrick Wagner, 1c

In dem kleinen Ort Oberdorf hatte eine junge Mutter ihr erstes Kind bekommen.

Kurze Zeit später besuchte die Nachbarin die junge Bäuerin. Da fragte sie: "Kann ich dir helfen? Aber lass mich vorher noch dein Kleines anschauen!" Sie schob vorsichtig den Vorhang von der Wiege zurück und machte einen sehr erschrockenen Gesichtsausdruck, als sie den hässlichen Kinderkopf sah.

Die Mutter hatte sie beobachtet und begann gleich zu weinen. Sie erzählte der Nachbarin, was nach der Geburt passiert war. Die Bäuerin war für ein paar Minuten eingeschlafen. Ein kleiner, grauhaariger Mann mit extrem langen Fingern war in die Stube hereingetreten. Er war zur Wiege geschritten, hatte ihr Kind mitgenommen und sein Fleisch und Blut hineingelegt. Als sie aufgewacht war, hatte sie gedacht, es sei nur ein Traum gewesen. Doch beim Blick in die Wiege hatte sie gemerkt, dass es Wirklichkeit war.

Die Nachbarin tröstete sie und wusste Rat. Die Bäuerin sollte beim Ave-Marialäuten einen vollen Kessel mit Wasser auf dem Herd zum Sieden bringen und das Kind darüber halten.

Beim nächsten Läuten des Ave-Marias brachte die Bäuerin das Wasser zum Sieden und tat, was ihr die Nachbarin gesagt hatte. Plötzlich sprang die Tür auf und das hässliche Männchen stand auf der Türschwelle. Im Arm trug es das Kind der Bäuerin und legte es auf den Tisch. Der Kindertauscher entriss ihr sein Fleisch und Blut und verschwand sogleich aus der Stube.

Seit dieser Zeit hat man das gefürchtete Männchen nie mehr in dieser Gegend gesehen.

Die Teufelsmühle

(Eine Sage aus Pinkafeld)
Dominik Lukschander, 1c

Vor langer Zeit lebte in Pinkafeld ein Müller. Ihm gehörten schon zwei andere Mühlen, aber weil dieser Mann so gierig war, baute er sich eine dritte auf einem Hügel. Er heuerte ein paar Leute an, die ihm die Mühle bauen sollten. Der Müller suchte in der Stadt nach einem tüchtigen Müllersbuben. Er fand auch einen. Er hieß Fritz und hatte schon in ein paar Mühlen gearbeitet.

Als dann die Mühle fertig war, begann Fritz zu arbeiten. Mit der Zeit brach die Nacht herein und es wurde dunkel. Fritz schlief ein, als er plötzlich von einer sonderbaren Stimme geweckt wurde. Er rieb sich die Augen und sah, dass der Teufel nur ein paar Meter entfernt war. Fritz bewegte sich kein bisschen. Nach einer Weile kehrte der Tag zurück und der Teufel war spurlos verschwunden. Fritz fing wieder an zu arbeiten. Im Laufe des Vormittags kam der Müller wieder in die Mühle.

Fritz erzählte dem Müller alles, was er in der Nacht gesehen hatte. Der Müller konnte es nicht glauben. Er sagte: „Geh in die Stadt und nimm dir ein Zimmer, ich werde heute Nacht hier schlafen.“ Am nächsten Morgen lief Fritz zur Mühle. Er erschrak, als er die Tür aufmachte. Der Müller lag da und hatte nur noch einen Arm und ein Bein. Neben ihm lag ein Zettel. Fritz hob den Zettel hoch, er war mit Blut beschrieben. Darauf stand: „Du hattest Recht, es haust ein Teufel hier, du musst ihn vertreiben, sonst werden noch mehr Menschen so enden wie ich. Es tut mir Leid, dass ich dir nicht gleich geglaubt habe.“ Dann war der Brief zu Ende. Fritz begrub den Müller auf dem Friedhof.

Beim Graben fiel ihm ein, dass der Teufel vor heiligen Sachen Angst hatte. Also besorgte er sich Weihrauch, Weihwasser und ein Kreuz zum Umhängen. Er ging zurück in die Mühle und kroch in eine Ecke. Nach einer Weile wurde es finstere Nacht. Da erschien wieder der Teufel. Er hatte eine ganz rote Haut, ein schreckliches Gesicht und er war sehr groß. Plötzlich drehte er sich um und rief: „Ich rieche Menschenfleisch! Komm heraus!“ Fritz trat mutig aus seinem Versteck. In einer Hand hatte er den Weihrauch, in der anderen Hand das Weihwasser und um den Hals trug er das Kreuz. Der Teufel machte mit beiden Händen eine Feuerkugel und schoss sie auf den Jungen. Die Kugel aber prallte ab und löste sich auf. Nun nahm Fritz das Weihwasser und schüttete es dem Teufel entgegen und nebelte ihn mit Weihrauch ein. Da schrie der Teufel auf und verschwand. Nie wieder ließ sich der Teufel in der Mühle blicken. Fritz hatte nun seine eigene Mühle und nannte sie „Teufelsmühle“.

Woppendorf

Vor langer Zeit befand sich an der Stelle, wo das heutige Woppendorf steht, ein großer See. Das ganze Gebiet gehörte zu einer Raubritterburg, dem heutigen Dorf Burg. Der einzige Weg, um in die Burg zu gelangen, führte über einen schmalen Waldgrat von Woppendorf aus. So waren diese Bewohner gut geschützt. Eines Tages beschloss man, das Gebiet um den See urbar zu machen. Deshalb musste man das Wasser abrinnen lassen. Zu diesem Zwecke wurde in einen Felsen, der den Wasserlauf verspernte, ein Durchlauf geschlagen. Das war eine sehr schwierige Arbeit. Als nun das Wasser des Sees abrinnen konnte, war die Ritterburg von der Bergseite ungeschützt. Nun brauchte man Sicherungsposten, die sogenannten Wappenträger. Von diesem Namen leiten sich der heutige Dorfname Woppendorf und auch der häufige Familienname Woppel ab.



Schülerinnen und Schüler des BG/BRG Oberschützen
mit Prof. Elke Wurm und Dir. HR Mag. Alfred Kainz bei der Präsentation ihrer Arbeiten

Workshop „Fotografieren im Heimatmuseum“

Gemeinsam mit Christian Ringbauer fand im August 2006 ein Workshop für Kinder im Haus der Volkskultur statt. Nach einem Rundgang durch das Museum, Sammlung Simon, durfte sich jedes Kind zwei Objekte aussuchen, die dann genau untersucht und besprochen wurden. Anschließend fotografierten die Kinder „ihre“ Objekte und versahen jedes Foto mit einem kurzen Titel. Die Fotos und die dazugehörigen Objekte wurden am 1. September im Rahmen einer Vernissage des Hianzenvereines präsentiert.



Nachwort

Das Museum Oberschützen hat sich in den letzten Jahren zu einem lebendigen Museum entwickelt, das Kindern und Jugendlichen eine Plattform für kreatives Lernen und Schaffen bietet. Es ist immer eine besondere Freude, wenn Kinder und Jugendliche ihr Können im Rahmen von Ausstellungen einer breiten Öffentlichkeit vorstellen können. Die Werke, die im Schulunterricht und im Rahmen von Workshops entstanden sind, dienen so auch als Anregung für weitere Projekte an verschiedenen Schulen. In diesem Zusammenhang gebührt allen Lehrerinnen und Lehrern, die diese Form des Lernens ermöglichen, besonderer Dank.

Ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit ist – wie die Symposien zeigen - die Aufarbeitung der Geschichte Oberschützens. Das Ziel ist die Errichtung einer umfassenden Datenbank, die allen Interessierten vor Ort zur Verfügung gestellt wird. Daher sind wir auf der Suche nach Literatur, Bildmaterial, Dokumenten (Tagebücher, persönliche Aufzeichnungen und mündliche Erzählungen) etc. Wir ersuchen alle, die Material zur Verfügung stellen können oder Interesse an einer Mitarbeit haben, uns bei unserem Vorhaben zu unterstützen.

Autorenverzeichnis:

Mag. Gerlinde Bauer, Volkskundlerin, Obfrau des Museumsvereins Oberschützen,
7501 Siget i. d. Wart 95

HR Dir. Mag. Helmut Frauneder, ehemaliger Direktor des Evang. Gymnasiums,
7432 Oberschützen, Wiesengasse 1

Prof. Mag. Christa Grabenhofer, Germanistin und Musikerzieherin, langjährige Tätigkeit im
Vorstand des Josef Reichl-Bundes und des Hianzenvereins
7000 Eisenstadt, Kleinhöflein, Axerweg 48

HR Dr. Gerald Schlag, Historiker, ehemaliger Leiter der Kulturabteilung im Amt der Bgld.
Landesregierung, 7051 Großhöflein, Weinberggasse 24